

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kfirringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drachenschrift: Copedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsfortschritt, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 24. Juni 1933

Die Bluthetze.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Der Reichspräsident hat beim Erlass der politischen Notverordnung, zu der ihn das Kabinett der Barone auf Grund der Abmachungen mit Hitler veranlasst hat, einen nachdrücklichen Warnungsbrief an den Reichsminister des Innern, Freiherrn von Gayl, gerichtet und veröffentlichten lassen. In diesem Brief spricht er die Erwartung aus, dass der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen werde.

Diese Briefstelle zeigt, was das Kabinett der Barone dem Reichspräsidenten vorgestellt hat, und was er von der Auswirkung der völligen Entfesselung der Nationalsozialisten und ihrer Bürgerkriegsarmee erwartet hat. Man hat ihm vorgespiegelt, dass der Radikalismus der Nationalsozialisten nur Empörung über ungerichte Bedrückung sei. Jetzt zeigt sich, dass dieser Radikalismus Ausfluss blühender und niedriger Gesinnung ist, dass die Freiheit, die der Reichspräsident und die Reichsregierung Hitler und den Seinen gegeben hat, von ihnen als Auftrag zur Entfesselung des Bürgerkrieges empfunden wird.

Vom politischen Meinungskampf ist keine Rede mehr. Es handelt sich darum, dass eine Partei, die den Terror will, offen zu Mord und Blutvergiessen auffordert, und ihre Leute uniformiert zum Blutvergiessen auf die Strasse schickt. Da ist keine Rede davon, dass es sich um Notwehr, um einzelne Uebergriffe handle! Der Wille zum Bürgerkrieg und der Befehl zum Bürgerkrieg geht von den nationalsozialistischen Führern aus.

In Berlin hat Nazi-Goebbels am Donnerstag eine Rede gehalten, die das Dreiste an Aufforderung zu Mord und Bürgerkriegsdrohungen darstellt, was sich die nationalsozialistischen Provokateure bisher geleistet haben. Dieser Mann hat davon gesprochen, dass "wenn einem der nationalsozialistischen Führer ein Haar gekrümmt werde, sie eine Rache nehmen würden, die die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat". Das sagt am Vorabend des zehnjährigen Gedenktages der Ermordung Rathenaus der Führer einer Partei, die von jener offen dem Terror gehuldigt und ihn angewandt hat!

Dieser Mordhetzer Goebbels hat die süddeutschen Länderregierungen auf das Unglaublichste beschimpft, er hat sie "Pack und separatistische Kanaille" genannt. Die mit Herrn Hitler verbündete Reichsregierung schweigt dazu.

Dieser Goebbels hat in der gleichen Rede offene Morddrohungen gegen die Mitglieder der Regierung Brüning ausgestossen. Die Reichsregierung, die mit Herrn Hitler verbündet ist, schweigt dazu. Sie unternimmt nichts, um ihre Vorgänger im Amt zu schützen gegen wahnwitzige Provokateure, die heute noch dreister zum Mord hetzen als es seinerzeit gegen Rathenau geschehen ist!

Dieser Bürgerkriegshetze entspricht der Ton der nationalsozialistischen Presse. Terrorhetze und Verleumdung, Provokation und dreiste Lüge, Aufpeitschung aller Hass- und Blutinstinkte - das ist der Inhalt des "Völkischen Beobachters", des "Angriffs" und der übrigen nationalsozialistischen Presse. Ungestraft und ungehemmt hat der Berliner "Angriff" seine Anhänger aufgehetzt,

die Zeitungsgebäude der namentlich bezeichneten Berliner Linksblätter zu stürmen. Es ist nicht das Verdienst der Reichsregierung, dass die Bürgerkriegsbanden der Nationalsozialisten nicht warten dürfen, diese Hetze in die Tat umzusetzen!

Die nationalsozialistische Presse fordert ihre Anhänger viel deutlicher noch als einst Herr Frick zu einer Terror- und Blutnacht auf: "Das marxistische Verbrechen muss in einer einmaligen Aktion mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden!" Die Reichsregierung, die mit Hitler im Bunde ist, duldet diese offene Aufforderung zum blutigen Bürgerkrieg!

Aus der nationalsozialistischen Presse ergiesst sich eine Schlammslut von Beschimpfungen gegen leitende preussische und süddeutsche Beamte. Im Vertrauen auf Rückhalt bei der Reichsregierung und auf die durch die politische Notverordnung geschaffene Pressefreiheit, wie sie sie auffassen, werden die ungeheuerlichsten aus den Fingern gesogenen diffamierenden Vorwürfe gegen diese Beamten veröffentlicht. Der Berliner "Angriff" hat sich dazu verstiegen, der Berliner Vizepolizeipräsidenten nachzusagen, er sei wegen ungeheuerlichster Korruption nach Paris geflüchtet. Der Zweck der Verleumdungen ist, die Staatsautorität zu zerstören, damit der Terror der Hitlerschen Bürgerkriegsbanden freie Bahn hat.

Für die Entfesselung dieser wilden und blutrünstigen Bürgerkriegshetze, die nur dank der kaltblütigen Besonnenheit der linksstehenden Bevölkerung noch nicht zur katastrophalen Explosion geführt hat, trägt die Reichsregierung die volle Verantwortung. Sie muss Tag für Tag an ihre Verantwortlichkeit gemahnt werden!

SPD. Paris, 24. Juni (Eig. Drahtb)

Der Beginn der direkten deutsch-französischen Verhandlungen in Lausanne wird von den Pariser Freitag-Abendblättern mit einem gewissen Optimismus geschildert, für den allerdings noch keine konkreten Grundlagen vorhanden sind.

Der Berichterstatter des "Temps" hebt den herzlichen Ton hervor, den der Reichskanzler in seiner Antwort auf die Begrüßungsansprache Herriots angeschlagen hat. Der Berichterstatter des "Journal des Débats" erklärt, man sei in Lausanne der Meinung, dass die Debatte jetzt an einem Punkt angelangt sei, an den sie logischerweise geführt werden musste. Man diskutiere ruhig und methodisch und man beglückwünsche sich zu den persönlichen Fühlungen, die man bisher in Lausanne gehabt hat und die den verschiedenen Regierungschefs erlaubt haben, die Lage jedes Landes kennenzulernen. Trotzdem blieben aber, so fügt der Berichterstatter hinzu, die Mienen noch besorgt, denn es ist nicht recht, welche Kompensationen die Deutschen für das Opfer anbieten können das sie verlangen. Vor allem befürchtet man, dass diese Kompensationen neue Schwierigkeiten mit anderen Ländern auf wirtschaftlichem Gebiet hervorrufen könnten.

Die nationalistische "Liberté" erklärt sich mit dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen nicht zufrieden und fordert in ihrem Leitartikel Herriot kategorisch auf, Lausanne zu verlassen. Frankreich habe, so meint die Zeitung, nichts zu gewinnen, wenn es in Lausanne bleibe, es könne dort nur verlieren.

SPD. In ihrer Presse lügen die Nazi-Bonzen ihren Anhängern vor, dass sie gegen die Hunger-Notverordnung der Regierung Schleicher-Papen seien. Aber sie tun nicht nur nichts, damit diese Hunger-Verordnung von den zuständigen Stellen in das richtige Licht gestellt wird und sie der Papen-Regierung in erforderlicher Weise die notwendige Meinung über ihr Hungerdiktat sagen, sondern sie sträuben sich mit Händen und Füßen dagegen, dass dieser Regierung

auch nur ein Haar gekrümmt wird.

Der Ueberwachungsausschuss des Reichstags ist nach der Auflösung des Reichsparlaments die Instanz, vor der die Papen-Regierung Rechenschaft zu geben hat. Vorsitzender dieses Ausschusses ist der Nazi-Abgeordnete und oberste Bonze im Münchener Braunen Haus, Herr Gregor Strasser. Er ist in den letzten Wochen von der Sozialdemokratie, dem Zentrum, den Kommunisten und der Staatspartei um die Einberufung des Ausschusses nicht nur einmal sondern wiederholt ersucht worden. Auf alle Ersuchen hat er bisher eine Antwort nicht erteilt; ebensowenig hat er den Ausschuss bis jetzt einberufen. Strasser und Konsorten werden wissen warum. Sie fürchten, dass im Ueberwachungsausschuss nicht nur die Papen-Regierung, sondern auch ihren Hintermännern die Maske vom Gesicht gerissen und vor aller Welt festgestellt wird, dass diese Papen-Regierung mit ihren Hungerdiktaten ohne die Nazi-Partei garnicht möglich wäre und sie für den Hungerkurs der Barone die gleiche Verantwortung trägt wie das Barons-Kabinettselbst.

Aber die Strasser und Konsorten mögen sich gegen die Einberufung des Ueberwachungsausschusses noch so sehr sträuben. Einberufen wird er doch und wenn nicht von Herrn Strasser, dann von anderer Seite. Reichstagspräsident Löbe hat dazu inzwischen die erforderlichen Schritte getan. Er hat zunächst den schweigsamen Herrn Strasser gebeten nun endlich mitzuteilen, ob und wann er den Ausschuss einzuberufen gedenkt. Kneift Strasser auch jetzt wieder oder gibt er eine negative Antwort, so wird Löbe, da es einen stellvertretenden Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses nicht gibt, das älteste Mitglied des Ausschusses bitten den Ausschuss einzuberufen.

SPD. München, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Antwort Bayerns an die Reichsregierung wurde am Freitag noch nicht abgeschickt. Die Verzögerung ist verursacht durch eine Mitteilung des Reichs-Innenministers, dass man in Berlin die Antwort der Länder erst bis Montag abend erwarte. Die bayerische Regierung wird ihren durchaus ablehnenden Standpunkt am Sonnabend dem Landtag in einer besonders dafür anberaumten Sitzung bekanntgeben. Voraussichtlich wird dann der Landtag eine Entschliessung fassen in der die Haltung der Regierung gebilligt und gegen die Vergewaltigung Bayern durch die jetzige Reichsregierung protestiert wird.

Nach der "Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz" sieht man in München voraus, dass das Reichskabinetts Anfang nächster Woche zu Massnahmen greifen wird, die durch eine brutale Verschiebung der Rechtslage Bayern unter den politischen Willen der Reichsregierung beugen soll. Einen solchen Verordnungsakt der Reichsregierung würde man in Bayern als einen Akt der Vergewaltigung betrachten, auch dann, wenn er in eine zunächst gültiges Reichsrecht schaffende Rechtsform gekleidet werde. Der bayerischen Staatsgewalt seien dann wohl vorerst die Hände gebunden in der Uniform- und Demonstrationsfrage, ihre politischen und rechtlichen Auffassungen im Reich zur Geltung zu bringen. Das könne sie aber nicht hindern, den Kampf um ihr Recht und um ihre politische Ueberzeugung mit allen Mitteln des Rechts in besonnener Abwehr und Gegenwehr weiterzuführen. Diesen Willen habe Staatsrat Schäffer bereits in einer öffentlichen Versammlung bekundet. Seine Aufforderung, dass die Zeit gekommen sei, in der man wiederum an die Organisierung eines staatstreuen Feldschutzes denken müsse, bewegte sich vollkommen auf dem Boden des Rechts und der politischen Vernunft, die es nicht zulassen könne, den freien Staatsbürger dem Terror irgendwelcher uniformierter Parteitruppen auszuliefern.

Am Sonntag planen die Hitler-SA wiederum Demonstrationen in allen grösseren Städten Bayerns. Für ihren Aufzug in München wollen sie angeblich rund 30 000 Mann, einen Teil davon aus Norddeutschland, zusammenziehen. Gegen diese Absicht hat der bayerische Innenminister folgende öffentliche Warnung er-

lassen: "Das Uniformverbot und das Aufzugsverbot bestehen zu Recht und sind auch am nächsten Sonntag unverändert in Geltung. Zuwiderhandlungen gegen diese Verbote sind strafbar. Die Polizei wird allen Zuwiderhandlungen mit Nachdruck entgegentreten. Dies gilt für Demonstrationsversuche an allen Orten Bayerns. Die friedliebende Bevölkerung kann versichert sein, dass die Polizei pflichtgemäss für die Beachtung der bestehenden Vorschriften sorgen wird. Es muss von ihr auch erwartet werden, dass sie sich nicht als Mitläufer oder müssige Zuschauer am Demonstrationsversuch beteiligt."

SPD. Stuttgart, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Freitag-Mittag-Sitzung des württembergischen Landtages standen folgende Anträge des Bauernbundes, der Demokraten und der Kommunisten zur Erörterung:

1. die Frage, ob eine Fraktion in Uniform zur Landtagssitzung erscheinen kann, durch den Geschäftsordnungsausschuss prüfen zu lassen, 2. der Geschäftsordnung folgende Bestimmung neu einzufügen: "Den Mitgliedern ist das Tragen von Parteiuniformen nicht gestattet. Der Präsident und seine Stellvertreter sind verpflichtet, Mitglieder, welche in Parteiuniformen erscheinen, aus dem Sitzungssaal zu entfernen." 3. der Geschäftsordnung folgende Bestimmung einzufügen: "In den Sitzungen der württembergischen Landtages ist das Tragen uniformierter Kleidung nationalsozialistischer Organisationen nicht gestattet" und zu beschliessen: Der Präsident des württembergischen Landtages besitzt nicht das Vertrauen des Landtages.

Es kam zunächst zu einer überaus heftigen Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten und Nationalsozialisten, in deren Verlauf der Nazi-Abgeordnete Murr, ohne vom Präsidenten daran gehindert zu werden, eine offenbar vorher aufgesetzte Erklärung der Nationalsozialistischen Fraktion vortrug, in der angekündigt wird, dass sie sich in Zukunft kommunistischen Beleidigungen gegenüber das Recht der Selbsthilfe vorbehalte. Also eine unverhüllte Androhung nackter Gewalt. Schliesslich wurden alle Anträge gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten, die sofortige Erledigung der Anträge im Plenum verlangten, einem Sonderausschuss überwiesen, der am Sonnabend-Vormittag zusammentreten und am nächsten Dienstag über seine Beratungen dem Plenum Bericht erstatten soll.

Der Gesamtverlauf der beiden letzten Sitzungstage bot ein trauriges Bild geistiger und sittlicher Verwahrlosung. Es flogen nicht nur Ausdrücke gemeinster Art von den extremen Flügelparteien herüber und hinüber, sondern es wurde besonders von den Nazis auch brutale Gewalt als Mittel für die Durchsetzung ihres Willens angedroht, wie es in der Geschichte des württembergischen Landtages bisher noch nicht erlebt worden ist. Es wurden daher auch vielfach Zweifel laut, ob gemeinsam mit solchen Elementen, denen die Veranstaltung von Krawallen dieser Art anscheinend Lebensbedürfnis ist, überhaupt auf die Dauer des Arbeitsgebiet einer Volksvertretung werde sachlich erledigt werden können.

SPD. Amsterdam, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Haager Ständige Internationale Gerichtshof lehnte am Freitag den litauischen Einwand auf Grund Artikel 17 des Pariser Abkommens vom 8. Mai 1927, dass der Hof zu einer Interpretation des Memelstatutes bezüglich der Entlassung des Präsidenten des Direktoriums von Memel und der Auflösung des Memeler Landtages vom 22. März d. J. nicht befugt sei, mit 13 gegen 3 Stimmen ab. Der Gerichtshof hat der Litauischen Regierung zugleich eine mit dem 9. Juli d. J. ablaufende Frist zur schriftlichen Darlegung ihrer Auffassung gestellt.

SPD. Stuttgart, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Württembergischen Landtag kam es am Freitag sofort nach der Eröffnung der Sitzung um 9 Uhr wieder zu einem Skandal, als die Nazis wie am Tage zuvor wieder geschlossen in braunen Uniformen in den Saal einzogen.

Als der Zentrumsabgeordnete Bock diese Provokation mit einem Antrag auf Vertagung beantwortete und seinen Antrag begründen wollte, unterbrach ihn der Nazi-Präsident mit längeren Ausführungen, dass ein derartiger Antrag jeder Rechtsgrundlage entbehre, dass er daraus die Konsequenzen ziehe müsse usw. Daraufhin machten die sozialdemokratischen Abgeordneten Keil und Heymann dem Präsidenten den Vorwurf parteilicher Geschäftsführung. Die Nazi-Fraktion quittierte diese Feststellung mit wüsten Schimpfworten gegen die Linke, ohne dass der Präsident irgendwie einschritt. Den Höhepunkt erreichte der Tumult, als ein kommunistischer Abgeordneter ausführte, seine Fraktion sei deshalb gegen die Zulassung der Nazi-Uniform in den Landtagssitzungen, weil sie das Symbol des Arbeitermordes sei. Sofort erhob sich die Nazi-Fraktion und ging unter der Führung des Abgeordneten Murr von der rechten Seite des Hauses zur linken, in der offensichtlichen Absicht, gegen die Kommunisten tötlich zu werden. Der Präsident sah diesem Aufmarsch teilnahmslos zu und entschloss sich erst zu der Aufforderung an die Abgeordneten, sich auf ihre Plätze zu begeben, als die Nazis durch einen Landtagsdiener, der zufällig vor den Bänken der Kommunisten stand, etwas beruhigt worden waren und zur Umkehr geneigt erschienen. Um ein Haar wäre es zu einem Handgemenge gekommen.

Als die Ruhe wiederhergestellt war, bezeichnete es der Führer des Bauernbundes, Abgeordneter Ströbel, als zweifelhaft, dass die Ordnung im Hause aufrechterhalten werden könne, wenn eine ganze Fraktion in ihrer Parteiuniform erscheine. Er beantragte deshalb, die Prüfung der Frage, ob dies zulässig sei, sofort einem Ausschuss zu übertragen. Diesem Vorschlag wurde von der Sozialdemokratie und dem Zentrum zugestimmt. Der Präsident erklärte die Behandlung dieses Antrages jedoch für unzulässig, da er nicht auf der Tagesordnung stehe und die nationalsozialistische Fraktion gegen ihn Einspruch erhebe. Jetzt kam es zu neuen Lärmszenen, da der Präsident das Wort zur Geschäftsordnung überhaupt nicht mehr erteilen wollte und deshalb auch mit dem deutschnationalen Abgeordneten Schott einen scharfen Zusammenstoß hatte. Als der Präsident alle Einwände gegen seine Geschäftsführung ignorierte und in die sachliche Tagesordnung eintreten wollte, verliessen die Parteien vom Zentrum bis zu den Kommunisten geschlossen den Sitzungssaal. Endlich begriff auch der Nazi-Präsident, was gespielt wurde. Er brach ab und vertagte die Sitzung auf 11 Uhr.

In der neuen Sitzung wiederholte sich zunächst das gleiche Schauspiel, indem die Nazis der Beratung über den Antrag des Bauernbundes sowie über einen inzwischen eingelaufenen demokratischen Antrag, der das Uniformtragen im Landtag verboten wissen will, widersprachen. Immerhin wurde insofern ein Fortschritt erzielt, als ein Antrag des Zentrums angenommen wurde, die Sitzung zu schliessen und um 12 Uhr eine neue Sitzung zu eröffnen, in der nur die das Uniformtragen betreffenden Anträge auf der Tagesordnung stehen sollen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen aller Parteien gegen die völlig isolierten Nationalsozialisten angenommen.

SPD. Braunschweig, 24. Juni (Eig. Dr.)

Ein grösseres Aufgebot von Kriminalbeamten, Landjägern und Polizeibeamten durchsuchte am Freitag in dem Vorort Gliesmerode bei Braunschweig mehrere Häuser nach Waffen und Munition. Bei einem Nationalsozialisten wurden, wie das Polizeipräsidium mitteilt, ausser Gewehrpatronen für Militärgewehre auch Sprengmaterialien gefunden. Die Pistolen sollen aus umgearbeiteten Militärkarabinern hergestellt worden sein.

lassen: "Das Uniformverbot und das Aufzugsverbot bestehen zu Recht und sind auch am nächsten Sonntag unverändert in Geltung. Zuwiderhandlungen gegen diese Verbote sind strafbar. Die Polizei wird allen Zuwiderhandlungen mit Nachdruck entgegentreten. Dies gilt für Demonstrationsversuche an allen Orten Bayerns. Die friedliebende Bevölkerung kann versichert sein, dass die Polizei pflichtgemäss für die Beachtung der bestehenden Vorschriften sorgen wird. Es muss von ihr auch erwartet werden, dass sie sich nicht als Mitläufer oder müssige Zuschauer am Demonstrationsversuch beteiligt."

SPD. Stuttgart, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Freitag-Mittag-Sitzung des württembergischen Landtages standen folgende Anträge des Bauernbundes, der Demokraten und der Kommunisten zur Erörterung:

1. die Frage, ob eine Fraktion in Uniform zur Landtags-sitzung erscheinen kann, durch den Geschäftsordnungsausschuss prüfen zu lassen, 2. der Geschäftsordnung folgende Bestimmung neu einzufügen: "Den Mitgliedern ist das Tragen von Parteiuniformen nicht gestattet. Der Präsident und seine Stellvertreter sind verpflichtet, Mitglieder, welche in Parteiuniformen erscheinen, aus dem Sitzungssaal zu entfernen." 3. Der Geschäftsordnung folgende Bestimmung einzufügen: "In den Sitzungen des württembergischen Landtages ist das Tragen uniformierter Kleidung nationalsozialistischer Organisationen nicht gestattet" und zu beschliessen: Der Präsident des württembergischen Landtages besitzt nicht das Vertrauen des Landtages.

Es kam zunächst zu einer überaus heftigen Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten und Nationalsozialisten, in deren Verlauf der Nazi-Abgeordnete Murr, ohne vom Präsidenten daran gehindert zu werden, eine offenbar vorher aufgesetzte Erklärung der Nationalsozialistischen Fraktion vortrug, in der angekündigt wird, dass sie sich in Zukunft kommunistischen Beleidigungen gegenüber das Recht der Selbsthilfe vorbehalte. Also eine unverhüllte Androhung nackter Gewalt. Schliesslich wurden alle Anträge gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten, die sofortige Erledigung der Anträge im Plenum verlangten, einem Sonderausschuss überwiesen, der am Sonnabend-Vormittag zusammentreten und am nächsten Dienstag über seine Beratungen dem Plenum Bericht erstatten soll.

Der Gesamtverlauf der beiden letzten Sitzungstage bot ein trauriges Bild geistiger und sittlicher Verwahrlosung. Es flogen nicht nur Ausdrücke gemeinster Art von den extremen Flügelparteien herüber und hinüber, sondern es wurde besonders von den Nazis auch brutale Gewalt als Mittel für die Durchsetzung ihres Willens angedroht, wie es in der Geschichte des württembergischen Landtages bisher noch nicht erlebt worden ist. Es wurden daher auch vielfach Zweifel laut, ob gemeinsam mit solchen Elementen, denen die Veranstaltung von Krawallen dieser Art anscheinend Lebensbedürfnis ist, überhaupt auf die Dauer das Arbeitsgebiet einer Volksvertretung werde sachlich erledigt werden können.

SPD. Amsterdam, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Haager Ständige Internationale Gerichtshof lehnte am Freitag den litauischen Einwand auf Grund Artikel 17 des Pariser Abkommens vom 8. Mai 1927, dass der Hof zu einer Interpretation des Memelstatutes bezüglich der Entlassung des Präsidenten des Direktoriums von Memel und der Auflösung des Memeler Landtages vom 22. März d. J. nicht befugt sei, mit 13 gegen 3 Stimmen ab. Der Gerichtshof hat der Litauischen Regierung zugleich eine mit dem 9. Juli d. J. ablaufende Frist zur schriftlichen Darlegung ihrer Auffassung gestellt.

SPD. Stuttgart, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Württembergischen Landtag kam es am Freitag sofort nach der Eröffnung der Sitzung um 9 Uhr wieder zu einem Skandal, als die Nazis wie am Tage zuvor wieder geschlossen in braunen Uniformen in den Saal einzogen.

Als der Zentrumsabgeordnete Bock diese Provokation mit einem Antrag auf Vertagung beantwortete und seinen Antrag begründen wollte, unterbrach ihn der Nazi-Präsident mit längeren Ausführungen, dass ein derartiger Antrag jeder Rechtsgrundlage entbehre, dass er daraus die Konsequenzen ziehe müsse usw. Daraufhin machten die sozialdemokratischen Abgeordneten Keil und Heymann dem Präsidenten den Vorwurf parteilicher Geschäftsführung. Die Nazi-Fraktion quittierte diese Feststellung mit wüsten Schimpfworten gegen die Linke, ohne dass der Präsident irgendwie einschritt. Den Höhepunkt erreichte der Tumult, als ein kommunistischer Abgeordneter ausführte, seine Fraktion sei deshalb gegen die Zulassung der Nazi-Uniform in den Landtagssitzungen, weil sie das Symbol des Arbeitermordes sei. Sofort erhob sich die Nazi-Fraktion und ging unter der Führung des Abgeordneten Murr von der rechten Seite des Hauses zur linken, in der offensichtlichen Absicht, gegen die Kommunisten tätlich zu werden. Der Präsident sah diesem Aufmarsch teilnahmslos zu und entschloss sich erst zu der Aufforderung an die Abgeordneten, sich auf ihre Plätze zu begeben, als die Nazis durch einen Landtagsdiener, der zufällig vor den Bänken der Kommunisten stand, etwas beruhigt worden waren und zur Umkehr geneigt erschienen. Um ein Haar wäre es zu einem Handgemenge gekommen.

Als die Ruhe wiederhergestellt war, bezeichnete es der Führer des Bauernbundes, Abgeordneter Ströbel, als zweifelhaft, dass die Ordnung im Hause aufrechterhalten werden könne, wenn eine ganze Fraktion in ihrer Parteiuniform erscheine. Er beantragte deshalb, die Prüfung der Frage, ob dies zulässig sei, sofort einem Ausschuss zu übertragen. Diesem Vorschlag wurde von der Sozialdemokratie und dem Zentrum zugestimmt. Der Präsident erklärte die Behandlung dieses Antrages jedoch für unzulässig, da er nicht auf der Tagesordnung stehe und die nationalsozialistische Fraktion gegen ihn Einspruch erhebe. Jetzt kam es zu neuen Lärmszenen, da der Präsident das Wort zur Geschäftsordnung überhaupt nicht mehr erteilen wollte und deshalb auch mit dem deutschnationalen Abgeordneten Schott einen scharfen Zusammenstoß hatte. Als der Präsident alle Einwände gegen seine Geschäftsführung ignorierte und in die sachliche Tagesordnung eintreten wollte, verliessen die Parteien vom Zentrum bis zu den Kommunisten geschlossen den Sitzungssaal. Endlich begriff auch der Nazi-Präsident, was gespielt wurde. Er brach ab und vertagte die Sitzung auf 11 Uhr.

In der neuen Sitzung wiederholte sich zunächst das gleiche Schauspiel, indem die Nazis der Beratung über den Antrag des Bauernbundes sowie über einen inzwischen eingelaufenen demokratischen Antrag, der das Uniformtragen im Landtag verboten wissen will, widersprachen. Immerhin wurde insofern ein Fortschritt erzielt, als ein Antrag des Zentrums angenommen wurde, die Sitzung zu schliessen und um 12 Uhr eine neue Sitzung zu eröffnen, in der nur die das Uniformtragen betreffenden Anträge auf der Tagesordnung stehen sollen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen aller Parteien gegen die völlig isolierten Nationalsozialisten angenommen.

SPD. Braunschweig, 24. Juni (Eig. Dr.)

Ein grösseres Aufgebot von Kriminalbeamten, Landjägern und Polizeibeamten durchsuchte am Freitag in dem Vorort Gliesmerode bei Braunschweig mehrere Häuser nach Waffen und Munition. Bei einem Nationalsozialisten wurden, wie das Polizeipräsidium mitteilt, ausser Gewehrpatronen für Militärgewehre auch Sprengmaterialien gefunden. Die Pistolen sollen aus umgearbeiteten Militärkarabinern hergestellt worden sein.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Die nationalsozialistische Tageszeitung "Der Angriff" enthält in ihrer Freitag-Nummer Angriffe gegen den Polizeivizepräsidenten Dr. Weiss, die in der Ungehörlichkeit des Tones und in der Unwahrhaftigkeit des Sachverhalts nicht mehr zu überbieten sind. U.a. wird die Behauptung aufgestellt, dass der Polizeivizepräsident die Kriminalpolizei angewiesen habe, in Spielclubs begangene strafbare Handlungen nicht zu befolgen. Alle diese und ähnliche Behauptungen sind in vollem Umfang unwahr. Polizeivizepräsident Dr. Weiss hat bereits Strafantrag gestellt und der Polizeipräsident hat sich diesem Strafantrag angeschlossen. Weitere Massnahmen gegen das genannte Blatt behält sich der Polizeipräsident vor.

Die Freitag-Ausgabe des "Angriff" wurde auf gerichtliche Anordnung wegen zweier Artikel mit schweren Angriffen gegen den Polizeipräsidenten Grzesinski und den Polizeivizepräsidenten Dr. Weiss beschlagnahmt.

SPD. Genf, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Freitagsitzung der Luftkommission der Abrüstungskonferenz antwortete Nadolny-Deutschland auf die französischen Vorschläge zur Internationalisierung der Zivilluftfahrt.

Nadolny bekämpfte die von Frankreich aufgestellte Verbindung zwischen Militär- und Zivilluftfahrt in der Abrüstungsfrage. Deutschland wersetze sich jeder Massnahme in bezug auf die Zivilluftfahrt vor der Entscheidung wirksamer Herabsetzungen der Militärfliegerei. Eine Internationalisierung müsse sich auf die ganze Welt erstrecken, einschliesslich Amerikas, weil die technischen Fortschritte der Luftfahrt in den Ländern ohne Beschränkungen viel grösser seien als in den anderen. Eine solche Massnahme wie die Internationalisierung müsse den technischen Fortschritt hemmen und diesem Nachteil müsse vorgebeugt werden. Deutschland werde sich einer vernünftigen Kontrolle der Zivilluftfahrt nicht widersetzen, jedoch unter der Bedingung, dass wirksame Massnahmen gegen die Militärluftfahrt ergriffen werden.

Spanien und die Tschechoslowakei erklärten sich für die Kontrolle. Der französische Luftfahrtminister Laurent-Eynac äusserte sein Erstaunen über die deutsche Angst vor einer Einschränkung der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Die Internationalisierung fördere diese Möglichkeiten durch Organisation der Zivilluftfahrt auf einer viel breiteren Basis, als sie heute vorhanden sei. Deutschland unterschätze auch die militärische Leistungsfähigkeit der grossen Verkehrsluftfahrt. Wolle man die Luftbombardements verbieten, so müsse man ihnen die furchtbarsten Hilfsmittel entziehen.

Ruttgers-Holland stellte unter dem Beifall der Kommission fest, dass die Vorbedingung eines eventuellen Internationalisierungsprojektes das völlige Verbot jedes Luftbombardements sein müsse. Nachdem Dänemark und Schweden für praktische Massnahmen zu Internationalisierung oder Kontrolle der Zivilluftfahrt plädiert hatten, wurde eine Unterkommission zur eingehenden Prüfung eingesetzt, die am Montag nächster Woche ihre Arbeit beginnen soll.

SPD. Lausanne, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Die belgische Delegation hat am Freitag über die Note, die sie zur Lösung des Problems des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaues Europas der Lausanner Konferenz unterbreitet hat, eine amtliche Verlautbarung herausgegeben. Danach handelt es sich bei dem Plan um ein Vorprojekt, das in drei Teile zerfällt. Die ins Auge gefassten Lösungen bestehen besonders in der Reorganisation gewisser deutscher Unternehmungen von öffentlichem Nutzen, welche die Stabilität der Währung des Reiches sichern können, ferner in

einer internationalen Kreditorganisation, die den Ländern Mittel- und Osteuropas zu Hilfe kommen könnte und in einer Reform des Zollsystems mit dem Ziel, den Handelsaustausch durch die schrittweise Senkung der Einfuhrzölle zu beleben.

Offiziös wird dazu von belgischer Seite weiter mitgeteilt, dass der erste Punkt des Programms die deutsche öffentliche Elektrizitätsversorgung betrifft, an der Belgien besonders stark interessiert ist. Es soll eine deutsche Dachgesellschaft ins Auge gefasst werden, deren gegenwärtige getrennt vorhandene Kapitalien und Kapitalwerte vollkommen abgeschrieben werden sollen, um dem ausländischen Kapital Gelegenheit zur Beteiligung an dem Gründungskapital der neuen Gesellschaft zu geben. Der zweite Vorschlag bezweckt im Hinblick auf die notwendige Weltstabilisierung der Währungen eine Art Holdinggesellschaft europäischer Notenbanken, die der BIZ in Basel Finanzhilfe für notleidende oder in Gefahr kommende Währungen leisten soll. Der dritte Vorschlag ist angelehnt an den belgisch-holländisch-luxemburgischen Wirtschaftsvertrag, der dieser Tage in Lausanne paraphiert wurde. Er würde nach der Absicht dieses Projektes auf alle an Reparationen und Kriegsschulden interessierte Länder Europas ausgedehnt werden.

SPD. Paris, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Kammer hat am Freitag-Nachmittag die Interpellationsdebatte über die Arbeitslosigkeit begonnen. Die Zahl der Interpellanten beträgt 12.

Die Debatte, die am Freitag von zwei unabhängigen Kommunisten bestritten wurde, wird am Dienstag fortgesetzt.

SPD. Lausanne, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Die deutsch-französische Aussprache in Lausanne hat am Freitag, dem ersten Tag, einen von beiden Seiten als günstig bezeichneten Verlauf genommen. Einer Vollversammlung beider Delegationen am Vormittag folgte eine zweite am Nachmittag um 5,45 Uhr, der Herr von Papen nur zum Teil beiwohnte, weil er um 18 Uhr 40 nach Berlin abreiste. Die Sitzung selbst dauerte bis 19 Uhr 30.

Über die Verhandlungen wurde ein Communiqué herausgegeben, in dem es heisst: "Nach einem Exposé des französischen Finanzministers fand ein Meinungsaustausch statt mit dem gleichen Bestreben, von beiden Seiten alle Elemente des gestellten Problems von Grund auf zu studieren. Die nächste Sitzung findet am Montag-Nachmittag 4½ Uhr statt. Am Sonnabend werden die Sachverständigen ihren Meinungsaustausch fortsetzen, um die Sitzung am Montag ausführlich vorzubereiten."

In einer Besprechung mit deutschen Pressevertretern hob der deutsche Aussenminister den freundschaftlichen Geist der Aussprache hervor. Dass am ersten Tage nicht viel herauskommen konnte, sei klar gewesen. Neben den Verhandlungen mit den Franzosen seien solche mit den Belgiern geführt worden. Der deutsche Reichsfinanzminister erklärte, er habe in den Besprechungen insbesondere nachdrücklich darauf hingewiesen, wie sich seit dem Sachverständigenbericht von Basel die Lage in Deutschland verschlechtert habe. Die Verschlechterung gelte für die Handelsbilanz, den Etat, die Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit und die Devisenlage der Reichsbank. Er habe ferner nachgewiesen, dass die herabgesetzten Sätze der Arbeitslosenversicherung durch die letzte Notverordnung einen Grad erreicht hätten, der zuzuschersten sozialen Spannungen führe müsse. Wenn man berücksichtige, dass die Mehrzahl der Arbeitslosen sich mit diesen Sätzen nicht mehr erhalten könnte, dann könne man die Not und Spannung in Deutschland verstehen. Der französische Finanzminister habe die jetzige

Not in Deutschland zwar anerkannt aber nach dem Bericht von Basel darauf hingewiesen, dass mit der Behebung der Weltkrise auch die deutsche Not gebannt sei und dann neue Möglichkeiten für politische Zahlungen und Transfers in beschränktem Umfange auftauchen könnten. Darüber habe es eine kurze Diskussion gegeben. Die Hauptfrage, ob sich ein Weg finden lasse zwischen der französischen Auffassung einer Schlusszahlung und der deutschen Auffassung einer völligen Liquidierung der Reparationsfrage im jetzigen Augenblick, werde erst am Montag in Angriff genommen werden.

Man nimmt allgemein an, dass Herr von Papen und Herriot an der Montag-sitzung teilnehmen werden.

SPD. Paris, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

In Toulouse ist es am Donnerstag-Abend zu Arbeitslosenkundgebungen gegen eine russische Kapelle gekommen, die auf der Terrasse eines dortigen Cafés spielte. Etwa 1000 Arbeitslose, an deren Spitze einige beschäftigungslose Musiker standen, stürmten auf die Terrasse mit dem Rufe: "Arbeit für französische Musiker!" Es entstand eine heftige Schlägerei, bei der mehrere Personen darunter ein Kellner, schwer verletzt wurden.

SPD. Lausanne, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Reichswirtschaftsminister Warmbold äusserte sich vor Pressevertretern hinsichtlich der Verhandlungen mit der belgischen Delegation, dass Belgien eine Denkschrift habe überreichen lassen, die zwei Gründe für die Weltkrise in den Vordergrund stelle: die zwischenstaatliche Verschuldung und das Fehlen jedes Vertrauens. Daraufhin würden Vorschläge entwickelt wie Deutschland Kredite und Devisen verschafft werden könnten. Zur Unterlage sollten die öffentlichen Versorgungsbetriebe, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, dienen. Nach dem Beispiel der Berliner Verkehrsgesellschaft könne dann eine grosse Gesellschaft aller öffentlichen Versorgungsbetriebe als Kreditträger gebildet werden. Ein Teil der Aktien dieser Gesellschaft könne gegen Devisen an das Ausland abgegeben werden. Die Devisen könnten an die Reichsbank abgeliefert werden. Der Rest der Aktien könnte wiederum als Grundlage für neue Devisendarlehen verwandt werden.

Im zweiten Teil behandle der belgische Vorschlag die Hilfe für andere kreditbedürftige Länder. Man denke sich die Kreditbeschaffung beispielsweise für Südeuropa so, dass gewisse Länder mit grossen Goldvorräten Teile ihrer Vorräte für einen gemeinsamen Fonds zur Verfügung stellten. Dieser Fonds solle von der BIZ verwaltet werden, die Zertifikate ausstellen könnte als Kreditunterlage. Diese Zertifikate müssten den Regierungen übergeben werden, die sie wiederum den Notenbanken als Deckung überweisen könnten. Daran sei allerdings die Bedingung geknüpft, dass die wirtschaftliche und soziale Lage dieser Länder nach den Vorschlägen eines Komitees geordnet werden müssten.

Im dritten Teil des Vorschlags würden Reformen zur Belebung des Warenaustausches vorgeschlagen. Dafür seien Gruppenverträge vorgesehen zwischen Ländern, die allerdings gegen das Meistbegünstigungsrecht verstossen würden. Es werde jedoch ein Weg vorgeschlagen, wie man diese Schwierigkeiten überwinden könne.

In seinen abschliessenden Darlegungen unterzog Warmbold die belgischen Vorschläge einer Kritik.

SPD. Am Freitag-Nachmittag und Abend kam es in Berlin in allen Teilen der Stadt zu Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern.

In Berlin-Halensee überfielen grössere Trupps Nationalsozialisten eine kleine Reichsbannerabteilung, die auf dem Rückmarsch von einer Rathenau-Gedächtnisfeier war. In vielfacher Uebermacht fielen die Nazi-Rosdies über die Reichsbannerleute her, die sich tapfer verteidigten. Zwei Reichsbannerleute mussten, erheblich verletzt, die Hilfe einer Rettungswache in Anspruch nehmen. Ein grösseres Aufgebot von Schutzpolizei trieb die Hitlerstrolche mit Gummiknütteln auseinander.

An der Ecke Spree- und Wallstrasse in Charlottenburg stiessen Nationalsozialisten und Kommunisten zusammen. Die bewaffneten Nazis schossen auf ihre Gegner. Der Kommunist Willi Schulz aus der Wallstrasse, der einen schweren Schulterschuss erhalten hatte, wurde ins Krankenhaus Westend überführt. Der Mordschütze wurde von der erbitterten Menge so zugerichtet, dass er ebenfalls ins Krankenhaus geschafft werden musste. Er ist - und das ist bezeichnend - in einem von dem Ort des Zusammenstosses weit entfernt liegenden Stadtteil zu Hause.

SPD. Paris, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Pariser Bois de Boulogne ereignete sich am Freitag-Nachmittag bei einer Schönheitskonkurrenz für Automobile ein schwerer Unglücksfall. Die Gattin eines Gesandtschaftsrats der hiesigen Gesandtschaft für Venezuela fuhr, nachdem sie den Wagen dem Preisrichterkollegium vorgeführt hatte, infolge eines Versehens bei der Benutzung der Pedale (sie hatte statt auf die Bremse zu treten Gas gegeben) in die Zuschauermenge hinein. Neun Personen wurden verletzt. Sie wurden zwischen das Auto und einen Baum geklemmt. Die meisten haben komplizierte Beinbrüche davongetragen; einem jungen Mann wurden beide Beine, einem Arzt ein Bein abgequetscht. Sechs Personen wurden leichter verletzt. Der Wettbewerb wurde darauf sofort abgebrochen.

SPD. Genf, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Der 19. Ausschuss der Völkerbundsversammlung hat am Freitag-Nachmittag in geheimer Sitzung beschlossen, die vorgeschriebene Frist von sechs Monaten bis zur Berichterstattung an die Vollversammlung über den chinesisch-japanischen Konflikt bis nach dem Eintreffen des Berichts der Higgin-Kommission zu verlängern. Da beide Parteien mit dieser Verschiebung einverstanden sein müssen, wurde ihnen der Beschluss brieflich mitgeteilt. In der Zustimmung ist nicht zu zweifeln. Indem Brief wird u. a. betont, dass die Verlängerung der Frist, die in der letzten chinesischen Note angezogenen Beschlüsse des Rates und der Vollversammlung in keiner Weise berühre, Japan also nach wie vor gehalten sei, das Gebiet Chinas unversehrt zu achten.

Für Mittwoch nächster Woche ist eine Vollversammlung des Völkerbundes in Aussicht genommen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Entlarvte Betrüger.

SPD. Berlin, den 24. Juni (Fig. Ber.)

Die Freitagsitzung des preussischen Landtages war für die Nazifraktion ein Strafgericht, das sich draussen im Lande fortsetzen muss.

Auf der Tagesordnung stand u.a. der Antrag über die Konfiszierung aller Einkommen von jährlich mehr als 12 000 Mark. Bereits im Haushaltungs=Ausschuss war dieser Antrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen worden, weil sich die famose National"sozialistische"-"Arbeiter"partei der Stimme enthalten hatte. Sie wollte es weder mit ihren schwerindustriellen und grossagrarisches Geldgebern noch mit denen als Stimmvieh gut zu benützendem Arbeitern, Angestellten und Erwerbslosen verderben. Jetzt stand dieser Antrag vor dem Plenum des Hauses und heller Schweiss perlte von den Stirnen dieser "Arbeitervertreter" und "Sozialisten". Ausgerechnet der von der Sozialdemokratischen Fraktion entlarvte Advokat Dr. Freisler aus Kassel sollte die Lage retten. Mit Stentorstimme rief er in der Geschäftsordnungsdebatte vom Podium herunter, er beantragte die Rückverweisung dieses Antrages an den Ausschuss. Als ihm das Hohngelächter der Linken antwortete, brüllte er, die Nationalsozialisten liessen sich von niemand das Gesetz des Handels vorschreiben. Sie mussten es sich aber doch gefallen lassen. Sofortige Abstimmung und dazu eine namentliche, war der Gegenantrag der Sozialdemokraten. Mit den Stimmen der gesamten Linken und des grössten Teils der Zentrumspartei wurde dem Antrag der Sozialdemokratie entsprochen.

Es folgt die namentliche Abstimmung. Die Nazis sammeln sich um Goebbels und Kube und diskutieren und gestikulieren. Aber die Führer bleiben hart und Prinz Auwi lächelt frohgemut. Die National"sozialisten", die Hitlersche "Arbeiter"partei stimmt nicht ab. Der Antrag wird mit 141 Stimmen der SPD und der KPD angenommen. 45 Abgeordnete sind dagegen und 34, zumeist Zentrumsangehörige, haben weisse Karten abgegeben. Als das Ergebnis verkündet wird, erschallt stürmischer Beifall auf der linken Seite des Hauses, die Mitte lacht schadenfroh zu den entlarvten und begossenen dasitzenden Nazis, während die Kommunisten einstimmen in ein kräftiges, dreifaches: "Nieder mit den Soldknechten des Kapitals, nieder, nieder!"

Den Amnestie=Antrag nehmen jedoch die Kommunisten treu und brav mit den gleichen Nazis und den Deutschnationalen an. In dritter Lesung ist damit dieses von den Deutschnationalen geänderte Amnestiegesetz angenommen. Nicht begnadigt werden alle Personen, die sich des Verbrechens gegen das Leben und der schweren Körperverletzung schuldig gemacht haben. Ferner: Landesverrat, Verrat militärischer Geheimnisse, Meineid, Vergehen gegen die Religion und gegen die Sprengstoffgesetze. Amnestierte und wegen ihres Vergehens entlassene Beamte erhalten ihre Bezüge nachbezahlt, sofern diese Summe ein doppeltes Jahresgehalt nicht übersteigt. Für das Gesetz stimmen die Nazis, die KPD, die Deutschnationalen und die Christlich=Sozialen. Stichtag für das Gesetz ist der 15. Juni 1932.

Der sozialdemokratische Antrag für die Amnestierung aller aus wirtschaftlicher Not verurteilten Personen, wird angenommen. Angenommen ist jedoch auch der deutschnationale Zusatz, dass die Begnadigung nur jene gilt, die wegen einschlägiger Vergehen noch nicht vorbestraft sind.

Gegen die Weimarer Parteien und mit den Stimmen der Kommunisten, Nazis und der übrigen Rechten verweigert der Landtag die Strafgenehmigung für 50 Nazi=Abgeordnete, die von den Staatsanwälten wegen Belaidigung und ähnlicher Vergehen verfolgt werden. Angenommen werden ferner die Anträge des Haushalts=Ausschusses auf Arbeitsbeschaffung, sowie die sozialdemokratische Forderung dass die von der Notverordnung betroffenen Tariflöhne unangetastet bleiben sollen. Eine Mehrheit findet auch ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion

noch, in dem die preussische Regierung bei der Reichsregierung dahin wirken soll, dass trotz der Papenverordnung keine Kürzung der Dauer der Erwerbslosenunterstützung erfolgt und ebenso die Bezüge der Rentner und Kriegsbeschädigter in alter Höhe weiterhin gezahlt werden.

In das Gesetz zur Arbeitsbeschaffung hatten die Nazis die Arbeitsdienstpflicht eingeflochten. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte Ablehnung der Arbeitsdienstpflicht und namentliche Abstimmung. Unter grossem Beifall der Linken wird die Arbeitsdienstpflicht mit 200 gegen 198 Stimmen (Nazis, Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei) abgelehnt.

Fingerahmt sind diese Abstimmungen von der am Tage vorher begonnenen Kulturdebatte. Auch hier wurde den Nazis und der Reaktion trefflich von den Sozialdemokraten heimgeleuchtet. Als der erste sozialdemokratische Redner Nölting das Rednerpult betritt, kommandiert Kube seine Mannen aus dem Saal. Sie dürfen den Gegner nicht hören. Vielleicht wäre sonst einer der "Arbeiter"-vertreter von diesem wahren Sozialisten angekränkt worden. In der Tat! Was der Sprecher der Sozialdemokraten unter dem stürmischen Beifall seiner Fraktion als Weltanschauung und Kulturauffassung der sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung vortrug, hätte manchen Nazimann stutzig gemacht.

"Der nationalsozialistische Kulturredner Haupt, meinte Nölting, hat am Donnerstag formuliert: der Nationalsozialismus sei eine Bewegung, die nicht aus dem Intellekt stammt. Das entspricht durchaus unseren praktischen Erfahrungen mit diesen Herren. Die Sozialdemokratie und die deutsche Arbeiterbewegung sind nicht das Werk kalter Verstandesdürre, sind nicht aufgewachsen in der dünnen Luft des liberalen Aufklärlicht. Auf der anderen Seite hält aber diese deutsche Arbeiterbewegung nicht, wie Herr Haupt, Verstand und Klugheit nur für Schimpfworte. Wenn er darüber hinaus auch in bezug auf einen sozialdemokratischen Abgeordneten von einem "südlichen Lächeln" gesprochen hat, so nehmen wir das nicht ernst, denn Herr Haupt ist ja auch nicht gerade eine lichtblonde nordische Schönheit wie Greta Garbo. Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause. Haupt sieht aus wie ein Koreaner. Herr Haupt hat erklärt, der Nationalsozialismus sei mit Blut geschrieben. Stimmt! Aber leider mehr mit dem Blut der deutschen Arbeiter als mit dem der Nationalsozialisten selbst. (Zuruf: und keinem Kapitalisten haben sie ein Haar gekrümmt). Unter sämtlichen Arten von Autarkie ist die geistige Autarkie die dümmste. Die grösste Kraft des deutschen Volkes besteht nach Goethe in seiner Fähigkeit, fremdes Kulturgut in sich zu verarbeiten. Uns ist Nation kein Begriff aus Zucht und Stall. Uns ist Deutschland das Herz der Welt. für uns liegt Deutschland am Zusammenfluss vieler kultureller Ströme. Würden die Reinigungsabsichten der Nationalsozialisten durchgeführt, so wäre das ein Vandaleneinbruch in die deutsche Kultur und eine grässliche Selbstverstümmelung. (Stürm. Beifall). Sozial ist diese Partei eine Brocken-sammlung darum ist auch ihr kulturelles Programm Potpourri und Leipziger Allerlei. Formieren sich erst die Fronten, hier Arbeit, dort Kapital und Rente, dann werden sich auch die Geister klären. Wer von jenen Herren hat überhaupt Karl Marx gelesen? Langt es bei ihnen dazu? Sie haben ihn nicht gelesen, aber sie hassten ihn, weil Karl Marx der grosse Wahrheitsverkünder und schonungslose Entlarver ist. Die nationalsozialistische Kulturkritik ist nur Scheinalarm zur Ablenkung der Massen. Wie vor den gefüllten Warenmagazinen sich vergeblich ein bedendes Volk drängt, so werden von den gefüllten Magazinen der geistigen Werte heute die hungernden Volksmassen ausgesperrt durch das Bildungsmonopol. Solange der Kapitalismus besteht, ist die ganze Kultur nur ein schimmernder Regenbogen über dem Kehrrichthaufen. Selbst wenn einige von den Nationalsozialisten den Kampf gegen das Kapital wollten, Schwerindustrie und Grossgrundbesitz beherrschen ihre Parteikassen und damit ihre Politik. Kultur und Volksgemeinschaft werden sein, wenn die das Volk zerreisenden Gräben des Kapitalismus zuge-schüttet sind. (Anh. Beifall b. d. Soz.)

In ähnlicher Weise wurden die Nazis durch den Zentrumsredner Lauscher entlarvt. Später begründet Abg. Schallock (Soz.) Anträge seiner Fraktion gegen Abstriche am Volksschuletat und für die Staffelung der höheren Schulgelder. Der Unterschied zwischen Monarchie und Republik, erklärte der Redner, ist allein schon zu ermessen, wenn man die früheren Leistungen des Staates für die Volkserziehung mit den heutigen vergleicht. In Braunschweig, Thüringen usw., wo Nazis allein oder zusammen mit den Deutschnationalen herrschen, geschieht nichts für die entlassenen Junglehrer. Preussen hingegen hat für sie trotz aller Finanznot 10 Millionen Mark bereitgestellt.

Endlos zieht sich die Debatte hin. Das Ende der Sitzung ist abends neun Uhr noch nicht abzusehen.

Das Novemberverbrechen.

"Sie kennen die militärische Lage nicht!"

SPD. Im Hinblick auf die bewusst verlogene Darstellung der Vorgänge im November 1918 seitens der Nationalsozialisten und angesichts der Tatsache, dass die gleichen Lügen fortdauernd wiederholt werden, um sie in die Köpfe derer einzuhämmern, die für die Schleicher-Regierung der Barone und Hitlers gefangen werden sollen, ist es unbedingt notwendig geworden, der bewussten Unwahrheit immer wieder die Wahrheit entgegen zu stellen. In dieser Beziehung hat man die Agitation der NSDAP seither zu leicht genommen. In seinem "Kampf" kennzeichnet Hitler die Aufgabe seiner Parteipropaganda so: sie habe "nicht auch die Wahrheit, soweit sie den anderen günstig ist, zu erforschen, um sie dann der Masse in doktrinärem Aufrichtigkeit vorzusetzen, sondern ununterbrochen der eigenen zu dienen." Frivoler kann die Pflicht zur Unwahrhaftigkeit kaum betont werden.

+ + +
Ende September und Anfang Oktober 1918 wurde durch die Betteltelegramme der Obersten Heeres-Leitung (OHL) um sofortigen Waffenstillstand und Frieden aller Welt klar, dass das deutsche Heer am Ende seiner Kräfte sei. Die OHL gab folgende Gründe für ihren Notschrei an: die Truppen, die immer noch tapfer die Angriffe siegreich abwehren, sind schlecht genährt und noch schlechter ausgerüstet; ungenügende Grosswaffen, mangelnde Munition; täglich furchtbare Verluste, die nicht mehr ausgeglichen werden können. - Unsere Bundesgenossen waren längst am Ende ihrer Kräfte angelangt; in Wirklichkeit lagen sie schon am Boden! Die bulgarische Front war zusammengebrochen; wie die Bulgaren, so arbeitete auch der Kaiser von Oesterreich auf einen Separatfrieden hin. - Die Feinde dagegen hatten alles in Hülle und Fülle und erhielten täglich neuen Zuwachs durch die Amerikaner. - Das war die Begründung der Generale Hindenburg und Ludendorff für ihr unstillbares Verlangen nach Schluss.

Der damalige Reichskanzler Freiherr von Hertling ersuchte die Oberste Heeresleitung dringend um Aufschub der Friedensbitte, damit er den schweren Schritt besser vorbereiten, die Atmosphäre zu Deutschlands Gunsten günstiger gestalten könne. - Nein! Das gehe nicht an, denn 48 Stunden könne die Armee nicht mehr warten! (Freiherr von Lersner namens der OHL) "Sie kennen die militärische Lage nicht!" (Oberst von Haefen, der Vertreter der OHL in Berlin.)

Das belogene Volk erkannte nun schauernd, wie man es mit Siegesberichten betrogen hatte. Ludendorff, der bald nachher zum Erstaunen Aller alles plötzlich in milderem Lichte gesehen wissen wollte, aber neue Menschenmassen als weitere Schlachtopfer verlangte, hatte jede Spur von Vertrauen verloren; er floh unter falschem Namen nach Schweden. Der Kaiser, sein Sohn und der bayrische Kronprinz flohen. Die ganze morsche Gesellschaft brach zusammen; alle prominenten Konservativen und Alldutschen, die Grafen, Freiherren und Barone hatten sich verkrochen.

+ + +
Am 9. November 1918, um die Mittagszeit, bat der neue Reichskanzler Max, Prinz von Baden, den Abg. Friedrich Ebert als Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, die Regierung zu übernehmen, "weil dazu niemand anders in der Lage sein würde." Ebert nahm an. Er begann die "marxistischen Verbrechen" mit folgenden Bekanntmachungen:

I.
Prinz Max hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte der Reichsverwaltung übergeben. Ich bin im Begriffe die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden.

II.
Ich weiss, dass es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben, aber ich appelliere an

Das Novemberverbrechen.

"Sie kennen die militärische Lage nicht!"

SPD. Im Hinblick auf die bewusst verlogene Darstellung der Vorgänge im November 1918 seitens der Nationalsozialisten und angesichts der Tatsache, dass die gleichen Lügen fortdauernd wiederholt werden, um sie in die Köpfe derer einzuhämmern, die für die Schleicher-Regierung der Barone und Hitlers gefangen werden sollen, ist es unbedingt notwendig geworden, der bewussten Unwahrheit immer wieder die Wahrheit entgegen zu stellen. In dieser Beziehung hat man die Agitation der NSDAP seither zu leicht genommen. In seinem "Kampf" kennzeichnet Hitler die Aufgabe seiner Parteipropaganda so: sie habe "nicht auch die Wahrheit, soweit sie den anderen günstig ist, zu erforschen, um sie dann der Masse in doktrinärer Aufrichtigkeit vorzusetzen, sondern ununterbrochen der eigenen zu dienen." Frivoler kann die Pflicht zur Unwahrhaftigkeit kaum betont werden.

+ + +
Ende September und Anfang Oktober 1918 wurde durch die Betteltelegramme der Obersten Heeresleitung (OHL) um sofortigen Waffenstillstand und Frieden aller Welt klar, dass das deutsche Heer am Ende seiner Kräfte sei. Die OHL gab folgende Gründe für ihren Notschrei an: die Truppen, die immer noch tapfer die Angriffe siegreich abwehren, sind schlecht genährt und noch schlechter ausgerüstet; ungenügende Grosswaffen, mangelnde Munition; täglich furchtbare Verluste, die nicht mehr ausgeglichen werden können. - Unsere Bundesgenossen waren längst am Ende ihrer Kräfte angelangt; in Wirklichkeit lagen sie schon am Boden! Die bulgarische Front war zusammengebrochen; wie die Bulgaren, so arbeitete auch der Kaiser von Oesterreich auf einen Separatfrieden hin. - Die Feinde dagegen hatten alles in Hülle und Fülle und erhielten täglich neuen Zuwachs durch die Amerikaner. - Das war die Begründung der Generale Hindenburg und Ludendorff für ihr unstillbares Verlangen nach Schluss.

Der damalige Reichskanzler Freiherr von Hertling ersuchte die Oberste Heeresleitung dringend um Aufschub der Friedensbitte, damit er den schweren Schritt besser vorbereiten, die Atmosphäre zu Deutschlands Gunsten günstiger gestalten könne. - Nein! Das gehe nicht an, denn 48 Stunden könne die Armee nicht mehr warten! (Freiherr von Lersner namens der OHL) "Sie kennen die militärische Lage nicht!" (Oberst von Haeften, der Vertreter der OHL in Berlin.)

Das belogene Volk erkannte nun schauernd, wie man es mit Siegesberichten betrogen hatte. Ludendorff, der bald nachher zum Erstaunen Aller alles plötzlich in milderem Lichte gesehen wissen wollte, aber neue Menschenmassen als weitere Schlachtopfer verlangte, hatte jede Spur von Vertrauen verloren; er floh unter falschem Namen nach Schweden. Der Kaiser, sein Sohn und der bayrische Kronprinz flohen. Die ganze morsche Gesellschaft brach zusammen; alle prominenten Konservativen und Alldutschen, die Grafen, Freiherren und Barone hatten sich verkrochen.

+ + +
Am 9. November 1918, um die Mittagszeit, bat der neue Reichskanzler Max, Prinz von Baden, den Abg. Friedrich Ebert als Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, die Regierung zu übernehmen, "weil dazu niemand anders in der Lage sein würde." Ebert nahm an. Er begann die "marxistischen Verbrechen" mit folgenden Bekanntmachungen:

I.

Prinz Max hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte der Reichsverwaltung übergeben. Ich bin im Begriffe die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden.

II.

Ich weiss, dass es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben, aber ich appelliere an

ihre Liebe zu unserm Volke. Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

So begannen die "Novemberverbrecher", über die jetzt jeder blöde Hitleride schimpft, ihre Tätigkeit. Die von den Volksbeauftragten dann sofort vorbereitete Nationalversammlung schuf die Verfassung der Republik, von der Reichkanzler Dr. Marx, ein ebenso frommer Zentrumsman wie angesehener Jurist, in öffentlicher Rede gesagt hat: "Wir müssen an der Tatsache festhalten, dass die Verfassung des deutschen Reichs durchaus rechtsgiltig ist. Durch diese Verfassung ist ein neuer Rechtsboden geschaffen. Es besteht durch sie eine staatsrechtliche Verpflichtung, wie bei der alten Verfassung. Unsere Verfassung ist in durchaus einwandfreier rechtsgiltiger Weise geschaffen worden. Das Zentrum bekennt sich zu dieser Verfassung und betrachtet alle als Hochverräter, die an dem Bestand der Republik rütteln."

Mit den "marxistischen Novemberverbrechern" arbeiteten nicht nur der frühere Kriegsminister Scheuch, die Minister Solf, von Brockdorff-Rantzau und andere, sondern auch die Oberste Heeresleitung unter Führung Hindenburgs! "Für die Regierung Ebert - Scheidemann" demonstrierten öffentlich die Behörden und Beamten, die Lehrer und Parteien (abgesehen von den Kommunisten und Deutschenationalen), die Soldaten und die Polizei. Die vollkommenordnungsgemäss gewählte Nationalversammlung hat alle von den Volksbeauftragten getroffenen Massnahmen sanktioniert! Das hätte sie selbstverständlich nicht getan, wenn irgend etwas "verbrecherisches" geschehen wäre. Ohne die marxistischen Revolutionäre wäre das Reich 1918 auseinander gefallen, ohne sie wäre, wie auch der konservative Professor Dr. Brédt, der bekannte Berichterstatter des grossen Reichstags-Untersuchungsausschusses feststellte, Deutschland dem Bolschewismus verfallen.

+ + +

Wenn 1918 zum Aufbau und Schutze der Republik nicht mehr getan werden konnte, als getan worden ist, und wenn jetzt noch deshalb Vorwürfe erhoben werden, so wissen Alle, die jene Zeit miterlebt haben, dass das erreichte damals geradezu wie Unerhörtes gewürdigt worden ist, denn mit dem gleichen Fanatismus mit dem heute die Nationalsozialisten "gegen die Marxisten" kämpfen, wüteten damals die Spartakisten gegen die "Sozialverräter". Tag für Tag legten sie die Volksbeauftragten durch unsinnige Demonstrationen, wüste Bedrohungen und Ueberfälle lahm.

Wenn die Arbeit der Regierungen, die seit 1918 am Ruder gewesen sind, jetzt in Bausch und Bogen als "marxistisches System" abgetan werden soll, so entspricht das der von Adolf Hitler verlangten, in diesem Artikel schon erwähnten Propaganda, die auf die Wahrheit keine Rücksicht zu nehmen hat. Im Verlaufe von 13 Jahren waren an den 19 verschiedenen Reichsregierungen Sozialdemokraten überhaupt nur zehnmal beteiligt. Die Teilnahme von Mitgliedern der SPD drängt sich zusammen auf insgesamt fünf Jahre; acht Jahre Regierungstätigkeit entfallen ausschliesslich auf bürgerliche Parteien.

Es sei wiederholt ausgesprochen: wenn 1918 mehr und grösseres nicht erreicht werden konnte, so war daran ausschliesslich die Uneinigkeit der Arbeitsschuld. Aus dieser Tatsache gilt es zu lernen. Wenn das Geschrei, "dass die SPD der Hauptfeind sei", selbst dann noch aus den Reihen der KPD ertönte, nachdem die Faschisten bereits die Hand nach der politischen Macht ausgestreckt hatten, so ist das ein Verbrechen, genau so gross wie das von 1918. Für die damalige Zeit gibt es immerhin einen Entschuldigungsgrund, denn die Führer der Spartakisten waren fast ausschliesslich Akademiker, Doktrinäre, Caféehaushausrevolutionäre und "Dichter". Jetzt aber betonen die Führer der KPD immerzu, dass sie Männer und Frauen aus der deutschen Arbeiterklasse seien. Sie mögen es beweisen, indem sie die Zeichen und Erfordernisse der Zeit wahrhaft klassenbewusst würdigen. Das wünschen wir im Interesse des arbeitenden Volkes.

Philipp Scheidemann.

Aus aller Welt

Schüsse im Luxuszug...

Mord um ein Motorrad - Yvonne, die Lulu im Westentaschenformat - Reiche Eltern
ziellose Kinder--.

SPD. Der junge Mensch, der den Mord beging, hätte sich alles erspart, wenn ihm Yvonne nicht in den Weg gelaufen wäre. Yvonne, von der hier die Rede ist, ist eine hübsche, anspruchsvolle Pariserin. Wer nicht mindestens ein Motorrad besass, fand keine Gnade vor Yvannes Augen. Der Grad ihrer Zuneigung stand in genauem Verhältnis mit der Motorenstärke ihres Liebhabers. Der junge Mann, der zum Mörder wurde, besass leider kein Motorrad, denn sein Vater wollte ihm keins kaufen. Darum beschloss der Jüngling, eigene Wege zu wandeln und sich so das nötige Geld zu verschaffen.

Gefährliche Jagd.

Früher hätte ein siebzehnjähriger junger Mann "aus bester Familie" vielleicht gespart, vielleicht auch einen Wechsel gefälscht, um in den Besitz der nötigen Summe zu gelangen. Die Siebzehnjährigen von heute denken unkomplizierter. In Berlin wie in Paris. Und so wurde aus der Jagd nach dem Motorrad, die zugleich eine Jagd auf das Herz der Yvonne war, eine sehr ernste, sehr blutige Geschichte, die hier nach den Gerichtsakten geschildert sei.

Der Schnellzug Paris-Dieppe stand abfahrtbereit im Bahnhof Saint-Lazare. In einem Abteil zweiter Klasse - der Zug führt nur erster und zweiter Klasse - sassen zwei Herren. Ein eleganter sportgestählter Mann in mittleren Jahren. Er hatte einen Fensterplatz eingenommen. Ihm gegenüber sass ein älterer Herr von robustem Typ, ein Beamter offenbar. Der Zugführer gab das Abfahrtsignal, als noch zwei Personen in das Abteil stürzten. Ein junges Mädchen - Yvonne - und ein junger Herr in Sportkleidung, der traurige Held der Geschichte. Der Zug setzte sich in Bewegung. Die beiden fremden Herren unterhielten sich über gleichgültige Dinge. Sie schienen sich nicht zu kennen. Der Siebzehnjährige legte eine sonderbare Unruhe an den Tag. Seine Begleiterin aber, routinierter als der "Anfänger", benahm sich völlig unauffällig.

"Geld her oder....!"

Nachdem der Zug die letzte Vorortstation verlassen hatte und nunmehr über eine Stunde durchfahren musste, stand der junge Mensch plötzlich auf. Er wandte sich an den Herrn vom Sporttyp, hielt ihm einen Revolver vor und schrie: "Geld her oder ich schiesse Sie nieder!"

Der also Apostrophierte war im ersten Augenblick so verblüfft, dass er laut herauslachte. Er hielt alles für einen schlechten Soberz. In seinem ganzen Leben war ihm etwas Ähnliches noch nicht vorgekommen. Er war nämlich ein - Sonderkommissar der Polizei, der zur Ueberwachung des Spielkasinos nach dem Badeort Dieppe fuhr. Und sein Gegenüber, der ältere wohlbeleibte Herr, war ebenfalls Kriminalbeamter, und genau wie sein Gegenüber in Dienstgeschäften unterwegs. Der junge Bandit war durch eine Laune des Schicksals an die Unrichtigen gekommen. Der Kommissar wollte ihm den Revolver aus der Hand schlagen, aber im gleichen Augenblick löste sich ein Schuss. Der andere Kriminalbeamte wurde in den Leib getroffen und brach stöhnend zusammen.

Panik im Bäderzug.

Der Siebzehnjährige ergriff die Flucht. Der Kommissar verfolgte ihn, nunmehr seinen eigenen Revolver in der Hand. Ein toller Schusswechsel versetzte die Fahrgäste des Luxuszuges in grösste Aufregung. Der Kommissar wurde

bei diesem Kugelduell nicht unerheblich an der Hand verletzt. Jemand hatte die Notbremse gezogen. Der jugendliche Bandit sprang ab und entkam in dem Dunkel der Nacht.

Yvonne, die in aller Ruhe dem Schauspiel beigewohnt hatte, bestritt, den Mörder näher zu kennen. Sie versicherte, nichts von dem Anschlag gewusst zu haben. Der junge Mann habe sie zu einer Wochenendfahrt eingeladen und sie sei ahnungslos gefolgt... Man liess Yvonne bei diesem "Glauben" und übergab sie dem Jugendgericht. Denn Yvonne war erst sechzehn Jahre alt und doch schon reichlich verdorben.

Kampf auf dem Friedhof.

Inzwischen hatte die Gendarmerie die Jagd nach dem jungen Banditen aufgenommen. Viele hundert Landjäger sperren die Gegend ab. Alles wurde durchsucht. Auch ein Friedhof, der unweit der Ueberfallstelle lag. Der Staatsanwalt der Gegend war am anderen Morgen an Ort und Stelle gekommen, um die Nachforschungen zu leiten. Der Staatsanwalt war ein gewissenhafter Herr. Er liess sogar die Türen der Erbbegräbnisse öffnen und nachforschen, ob sich der Mörder nicht vielleicht in die grausige Tiefe geflüchtet habe. Es war ein guter Gedanke. Der junge Bandit wurde nach erbittertem Kampf in einem der Erbbegräbnisse festgenommen.

Das Schicksal des Mörders.

Jetzt fand in Paris die Schwurgerichtsverhandlung gegen den jungen Mörder statt. Der siebzehnjährige Bandit war der Sohn eines angesehenen Pariser Fabrikanten. Er hatte die höhere Schule besucht und sollte studieren. Durch die Lektüre von Kriminalromanen war er auf die Idee gekommen, sich das Geld zu einem Motorrad auf die geschilderte Weise zu beschaffen. Yvonne, die schöne, kleine Yvonne, ebenfalls das Kind reicher Eltern, blieb dabei, jede Mitwisserschaft abzuleugnen. Man glaubte ihr und überwies sie der Fürsorge. Der siebzehnjährige Mörder erhielt zehn Jahre Gefängnis.

Unter den Zuschauern löste das Urteil lebhaftes Missfallen aus. Man war der Ansicht, dass der Mörder des Kriminalbeamten zu gut davongekommen sei. Der Staatsanwalt legte sofort Berufung ein. Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass das Leben des jungen Taugenichts noch in der Strafkolonie oder hinter den grauen Mauern eines Zuchthauses endet.

B.M.V.

+ + +

Naziprovokationen. An der Berliner Technischen Hochschule kam es am Freitag Mittag zu Zusammenstößen zwischen republikanischen und nationalsozialistischen Studenten. Die republikanischen Studenten hatten sich im Lichthof der Hochschule zu einem Stehkonvent versammelt, nach dessen Beendigung sie sich mit dem Kampfruf "Links Front" verabschiedeten. Darauf drangen nationalsozialistische Lummel auf die republikanischen Akademiker ein, die indessen sehr energisch gegen die braunen Rowdies Front machten. Es kam zu erregten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Nazis einen Feuerwerkskörper warfen. Ein Ueberfallkommando stellte die Ruhe wieder her. Das Rektorat der Hochschule hat eine Untersuchung eingeleitet. Auch an der Berliner Handelshochschule kam es zu Exzessen des akademischen Nazi-Mobs.

+ + +

Folgen der Nazi-Hetze. In Gillenbeuren bei Cochem (Moselland) wurde ein Vollstreckungsbeamter, der eine Pfändung vornehmen wollte, von fanatisierten Bauern überfallen und so geschlagen, dass er ohnmächtig zu Boden fiel. Polizeibeamten, die dem Misshandelten zu Hilfe eilen wollten, streuten die Rohlinge Sand in die Augen. Sie gingen zugleich mit Zaunlatten gegen die Beamten vor.

+ + +

Die braunen Mörder. Die blutigen Zusammenstösse zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, die sich in den ersten Morgenstunden des Freitag am sogenannten "Fischerkietz" in der Nähe des Molkenmarkts in Alt-Berlin ereignet haben und bei denen drei Kommunisten durch Schüsse lebensgefährlich verletzt worden sind, stellen sich nach der polizeilichen Untersuchung als die Folgen eines planmässigen nationalsozialistischen Ueberfalls auf ein kommunistisches Verkehrslokal dar. Die Nationalsozialisten, die sich sämtlich mit Schusswaffen versehen hatten, waren vor das Kommunistenlokal gezogen, um "Rache zu nehmen". Einer der Verletzten, der 24jährige Arbeiter Ernst Prüfer, dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

+ + +

Raubüberfall. Ein frecher Raubüberfall wurde am Freitag Mittag in der Siegfriedstrasse in Berlin=Lichtenberg auf den Buchhalter Otto Schmiedchen versucht, der für seine Firma 5 300 Mark Lohngehälter von einer Bank abgehoben hatte. Als sich der Buchhalter bereits in der Nähe des Fabrikgebäudes befand, fuhr plötzlich ein mit drei Personen besetztes Privatauto heran, aus dem zwei Männer heraussprangen, die mit Hieb- und Stichwaffen auf Schmiedchen einschlugen. Der Ueberfallene, der die Tasche mit den Lohngehältern krampfhaft festhielt, schrie laut um Hilfe, worauf die Räuber von ihrem Opfer abliessen und flüchteten.

+ + +

Trauriger Fund. Bei Kap Norman an der Küste von Neufundland wurden die Trümmer eines Flugzeugs aufgefunden. Man nimmt an, dass es sich um das Flugzeug des Fliegers Sullivan und seines Begleiters, des Zahnarztes Dr. Kühnert, handelt, die von einem am 30. Mai unternommenen Fluge nicht zurückgekehrt sind.

+ + +

Durch Steinschlag getötet. Eine deutsche Studentin, die mit zwei Kolleginnen einen Ausflug in die Alpen unternommen hatte, wurde beim Ersteigen des Gipfels der Trois Pucelles (Frankreich) von einem herabstürzenden Stein tödlich getroffen.

+ + +

Dem Toten der Republik. An jener Stelle in der Königsallee in Berlin=Grünwald, an der am 10. Juni 1922 entmenschte faschistische Mordbuben Walther Rathenau, den Minister der Republik, niederknallten, zog am Freitag, anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr des Todestages, wie alljährlich eine Ehrenwache des Reichsbanners auf. Ein Vertreter der Berliner Gauleitung des Reichsbanners Schwarzrotgold legte einen Kranz mit schwarzrotgoldener Schleife nieder, auf der die Inschrift zu lesen war: "Dem unvergesslichen Führer". Der preussische Innenminister Carl Severing überbrachte einen Kranz der preussischen Staatsregierung. Zahlreiche Organisationen und Verbände ehrten im Laufe des Tages den Toten der Republik ebenfalls durch Kranzniederlegungen. Auch am Grabe Rathenaus in Berlin=Oberschöneweide, wohin das Reichsbanner am Freitag Abend einen grossen eindrucksvollen Gedächtnismarsch veranstaltete, wurden viele Kränze niedergelegt.

+ + +

Hochwasser. Der anhaltende Regen der letzten Tage hat in Schlesien Hochwasser zur Folge gehabt. Bober, Neisse, Peile und Katzbach sind an vielen Stellen über die Ufer getreten und haben weite Strecken unter Wasser gesetzt. In den betroffenen Gebieten ist die Heuernte fast völlig vernichtet. In Löwenberg besteht für zahlreiche Häuser Einsturzgefahr. Die ersten Hilfsmassnahmen sind in die Wege geleitet.

+ + +

Brandkatastrophe. In einem Wohnbezirk im Zentrum Oslos (Norwegen) brach ein Grossfeuer aus, durch das 17 Wohnungen völlig vernichtet wurden. 12 Personen, die in den brennenden Wohnungen eingeschlossen waren, wurden von der Feuerwehr über Rettungsleitern in Sicherheit gebracht. Zwei Personen stürzten ab und erlitten schwere Verletzungen.

Gewerkschaftliche Rundschau

eine Glanzleistung.

Neue Erwerbslosenlast für die Gemeinden. - Verteuerte Verwaltung.

SPD. Die Notverordnung der Regierung Schleicher-Papen, die den Arbeitslosen den Hungerriemen enger schnürt, passt ausgezeichnet zu ihrem Regierungsprogramm. In diesem Programm war angekündigt worden, dass nunmehr mit dem "Wohlfahrtsstaat" Schluss gemacht werden müsse. Die Regierung will Arbeitslosenunterstützung nur noch dort geben, wo die Bedürftigkeit nach einer scharfen Prüfung auf Herz und Nieren festgestellt worden ist. Feststellung der Hilfsbedürftigkeit - das ist das neue Prinzip, das für die Regierung der Barone gegenüber den Arbeitslosen massgebend ist. Mit diesem Prinzip wird die ganze Arbeitslosenunterstützung auf das Niveau der Armenunterstützung heruntergedrückt.

Die Leidtragenden sind neben den Arbeitslosen aber auch die Gemeinden, von denen nicht zuletzt die Anregung zu diesem Experiment ausgegangen ist. Die Gemeinden können sich bei den Herren vom Städtetag bedanken, wenn binnen kurzem die Folgen der Neuregelung für die Gemeindekassen fühlbar werden. Ebenso ist mit der Verquickung von Versicherung und gemeindlicher Fürsorgepflicht eine Verteuerung der Verwaltung verbunden. Die Neuordnung bringt also keine Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenbetreuung. Diese Glanzleistung einer "Reform" wird von der "Gewerkschaftszeitung", dem Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in ihrer soeben erschienenen neuesten Nummer scharf beleuchtet.

Die Dinge liegen, so betont die Gewerkschaftszeitung, nach der Neuordnung so, dass in zahlreichen Fällen, vielleicht sogar in der Mehrzahl der Fälle, die Gemeinden in Konsequenz des Prinzips der Hilfsbedürftigkeit von der 7. Woche ab, also noch während der Wochen der sogenannten "Versicherungs"-Leistung und während der Krisenunterstützung neben der Arbeitslosenunterstützung zusätzliche Wohlfahrtsleistungen aus eigenen Mitteln werden geben müssen. Der "Richtsatz" soll dazu dienen, die unterste Grenze dessen festzustellen, was nach Lage des Falles dem Hilfsbedürftigen unbedingt zu seiner oder zu seiner Familie Erhaltung zuzuwenden ist. Die von der Regierung angeordneten Höchsätze werden jedoch in zahlreichen Fällen um 30, 40 und mehr v.H. hinter dem Richtsatz zurückbleiben. Der Arbeitslose wird selbstverständlich die Differenz zwischen dem Richtsatz und der tatsächlichen Unterstützung als zusätzliche Wohlfahrtshilfe bei der Gemeinde anfordern. Die Arbeitslosen haben dazu ein Recht, und sie müssen und sollen dieses Recht überall geltend machen. Was aber bisher Ausnahme war, nämlich, dass der die Versicherungsleistung beziehende Arbeitslose von der Gemeinde eine zusätzliche Unterstützung erhält, wird nunmehr die Regel werden. Dass damit überdies ein neuer Verwaltungsaufwand verbunden ist, d.h. das Gegenteil von Ersparnis, versteht sich von selbst.

Es kommt aber noch schlimmer. Künftig werden die Ausgesteuerten, die bisher aus psychologischen Gründen nicht zur Wohlfahrt kamen, weil sie die Armenfürsorge vermeiden wollten, - man hat ihre Zahl auf 15 bis 20% geschätzt - sich sehr rasch der gemeindlichen Wohlfahrtspflege anvertrauen, weil sie ja schon vom ersten Tag der Arbeitslosigkeit an auf ihre Bedürftigkeit hin schonungslos durchleuchtet werden. Jeder Arbeitslose wird von vornherein zum Armenhäusler gestempelt. Das hat aber auch finanzielle Folgen für die Ge-

meinden.

Geradezu ein Hohn auf Sparsamkeit ist der mit der Neuordnung verbundene künstlich geschaffene Verwaltungswirrwarr. Neue kostspielige Instanzen entstehen. Verwaltungskonflikte und Ueberschneidungen von Kompetenzen der verschiedensten Organe werden an der Tagesordnung sein. Schon jetzt jammern die Gemeinden darüber, dass sie die ihnen auferlegte Prüfung der Hilfsbedürftigkeit nicht ohne die Schaffung eines neuen grossen Verwaltungsapparates leisten können. Auf der anderen Seite können die Arbeitsämter, da sie für die Richtigkeit der auszahlenden Summen, deren Höhe von den Gemeinden zu berechnen ist, nach wie vor verantwortlich bleiben, ihren bisherigen Feststellungsapparat nicht abbauen. "Was werden wird", betont die Gewerkschaftszeitung, "ist heute schon klar: eine unendlich verteuerte Verwaltung, die in zahlreichen Gemeinden verteuert schlecht arbeiten wird. In Zukunft muss jeder Antrag eines Arbeitslosen bereits bei Beginn seiner Arbeitslosigkeit doppelt ausgefüllt werden, damit einmal das Arbeitsamt die Feststellungen für die ersten sechs Wochen treffen und damit weiter die Gemeinde bis zum Ablauf der sechsten Woche ihre Feststellungen über die Hilfsbedürftigkeit durchführen kann. Diese Arbeit wird auch geleistet werden müssen selbst für solche Arbeitslose, die vielleicht nicht einmal sechs Wochen arbeitslos bleiben. Ob die Gemeinde immer imstande sein wird, bereits bis zum Ablauf der sechsten Woche ihre Prüfung durchzuführen, bleibt abzuwarten. Es ist aber für jeden ausserordentlich fraglich, der den schwerfälligen Gang dieser Untersuchungen, in den Gemeinden und Gemeindeverbänden kennt. Das Arbeitsamt darf nach Ablauf der sechsten Woche keinen Pfennig auszahlen, wenn nicht das Gutachten der Gemeinde über die Hilfsbedürftigkeit des zu Unterstützenden vorliegt. Dieser Zustand wird sicher vielfach eintreten. Es bleibt dem Arbeitslosen dann nur der Weg, sich sofort an die Gemeinden zu wenden, die im Falle der Notlage von sich aus fürsorgepflichtig ist. Sie wird dann Unterstützung leisten müssen, ohne diese Leistung auf die Arbeitslosenversicherung oder die Krisenfürsorge anrechnen zu können; also eine neue Belastung der Gemeinde.

Zu all' dem kommt dann noch ein doppelter unddreifacher Apparat für die Rechtssprechung, ein undurchsichtiges, kompliziertes und verwirrendes System im Streitverfahren um die Arbeitslosenversorgung. "Das, was die Regierung geschaffen hat, so schliesst die Gewerkschaftszeitung ihre interessante Betrachtung, ist nicht nur unerträglich und im höchsten Grade unsozial, es ist konstruktiv unsinnig und unhaltbar. Man staunt immer wieder, wie ein solches Monstrum das Licht der Welt erblicken konnte. Die Erklärung dafür ist nur, dass die neue Regierung kopflos, um der Kritik kritikloser Personen zu begegnen, ohne Ueberlegung Formen schaffte, über die sie selbst nicht im klaren war."

SPD. Sollen die Eisenbahner verklagt werden? Nach Pressemeldungen will ein ernstgemeinter französischer Vorschlag die deutschen Reparationsverpflichtungen unter der Voraussetzung aufheben, dass die deutsche Reichsbahn in den Besitz der Länder übergeht, die von den Reparationsleistungen Beträge erhalten. Dazu wird uns vom Einheitsverband der Eisenbahner geschrieben:

"Die Durchführung dieses Vorschlages würde bedeuten, dass Deutschland sein bestes und fast letztes Vermögensstück fortgibt. Sie würde ganz Deutschland der ständigen Ueberwachung und Kontrolle durch Ausländer ausliefern, die sich bei der Betriebsführung nur von Profitinteressen leiten lassen und die die Tarife dementsprechend gestalten würden.

Aber nicht nur diese Umstände veranlassen uns zur Abwehr. Mit der Uebertragung des Reichsbahnbesitzes wäre das Schicksal von den Hunderttausenden

von Bediensteten einer mehr als ungewissen Zukunft ausgeliefert. Landfremde Menschen, die zufällig in den Besitz der Werttitel gelangen, könnten die deutschen Eisenbahner zu Sklaven machen oder sie durch bedürfnislose Rassen ersetzen.

Die Reichsbahnverwaltung schweigt noch dazu! Die Reichsregierung sagt auch nichts, was als ernste Ablehnung gedeutet werden kann! Wollen diese Stellen durch ihr Schweigen erkennen lassen, dass sie über solchen verbrecherischen Plan mit sich reden lassen wollen?

Wir schweigen nicht! Wir legen ganz entschieden dagegen Verwahrung ein, wenn deutsches Sachgut und die bei der Reichsbahn beschäftigten Menschen zum Schacherobjekt gemacht werden sollten. Letzten Endes sind es die Arme und Hirne unserer Arbeitsbrüder, die das Unternehmen erhalten - oder auch entwerfen können. Daran sollten wenigstens die deutschen Vertreter in Lausanne denken. Und auch die Herren der Reichsbahn!

Es kann für uns nur eines geben: Die Reichsbahn zurück ans Reich! Und dem Reiche das Verkehrsmonopol!

SPD. Im Bereich des Landesamts Brandenburg ist von mehreren grossen Jugend- und Wohlfahrtsverbänden, die insgesamt über 200 000 Jugendliche vertreten, eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Namen "Sozialer Dienst für Arbeitshilfe" gebildet worden.

Die Arbeitsgemeinschaft betrachtet den Freiwilligen Arbeitsdienst nicht als ein Mittel zur Behebung der Wirtschaftskrise, da er keine Arbeitsbeschaffung darstelle und auch keine neue Kaufkraft schöpfe. Der Freiwillige Arbeitsdienst sei nur ein Hilfsmittel zur Linderung der Not in der gegenwärtigen Krise. Er könne nur sozialpädagogisch als Arbeitshilfe angewandt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft fordert Zulassung aller jüngeren Arbeitslosen bis zum 25. Lebensjahr zum Freiwilligen Arbeitsdienst, Vermeidung jeden Zwanges, Ausschaltung jeder Art von Arbeitsdienstpflicht, neben höchstens sechsstündiger Arbeitszeit erzieherische und fürsorgliche Betreuung der Arbeitsdienstwilligen. Durch Selbstverwaltung der Teilnehmer und Durchführung des Dienstes im Geist von Kameradschaft und gegenseitiger Hilfe sollen die Beteiligten wieder zu selbstverantwortlichen Menschen erzogen werden. Auf keinen Fall sollen jedoch im Rahmen der Arbeitshilfe Arbeiten geleistet werden, die einen Arbeiter verdrängen oder als Notstandsarbeiten durchgeführt werden können. Die Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit der Arbeit im Freiwilligen Arbeitsdienst soll aufrecht erhalten werden.

SPD. Der Streik der Berliner Bauklempner (Gas- und Wasserrohrleger) in den Innungsbetrieben ist mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Es kam zu einer Vereinbarung, die den Stundenlohn auf 1,16 Mark festsetzte. Die Unternehmer wollten 1,03 Mark geben.

SPD. In Frankreich beträgt die Zahl der durch die Behörden unterstützten Arbeitslosen nach der am 18. Juni abgeschlossenen Zählung 241 253 gegenüber 247 263 in der Vorwoche. Dieser Verminderung steht aber eine Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen gegenüber, die gemäss den bisherigen Bestimmungen nach Ablauf der Sechsmontatsgrenze Krisenunterstützung erhalten. Am 18. Juni erhielten 29 496 Arbeitslose die Krisenunterstützung gegenüber 27 210 in der Vorwoche.

Agrarboltschewismus.

Wohin mit dem Erntesegen?

SPD. Während Millionen in der Welt buchstäblich Hunger leiden, macht man sich in den grossen Getreidegebieten der Erde wieder die bekannten Kopfschmerzen, wie man den Segen, der voll auf den Halmen heranreift, unterbringen will und loswerden kann. Die Welt steht abermals vor einer Rekordernte. Daran kann die schlechte Winterweizenernte in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nichts ändern. In Amerika werden die Verluste an Winterweizen zum grossen Teil durch die gute Sommerweizenernte ausgeglichen. Der Schwerpunkt liegt aber dieses Mal wohl in Kanada. Dort erwartet man eine aussergewöhnlich gute Sommerweizenernte. Die Sommerweizensaat ist in den kanadischen Ebenen gut in den Boden gekommen. Die für die Reife entscheidenden Wochen haben aussergewöhnlich gutes Wetter gebracht, sodass auch die zurückhaltendsten Schätzungen für Kanada mit einer Sommerweizenernte rechnen, die weit über mittel liegt.

Die Aussicht auf eine Rekordernte drückt natürlich auf die Preise. Das ist eben der Mechanismus in der kapitalistischen Wirtschaft, wo sich der Preis - das gilt z.T. noch für die grossen Getreidemärkte in der Welt - aus Angebot und Nachfrage ergibt. In diesem Sinne ist die gute Ernte Angebot, die Nachfrage aber ist gedrosselt. Die Zuschussgebiete in Europa werden in diesem Jahr bei weitem nicht so viel Weizen kaufen können wie im vorigen Jahr. Die Herabgabe von Devisen für den Einkauf von agrarischen Rohstoffen wird in den europäischen Ländern immer weiter eingeschränkt. Und so ist es zuguterletzt die Zahlungsunfähigkeit der europäischen Zuschussländer, auf die man die schlechte Lage des Getreidemarktes und die sinkenden Getreidepreise zurückführen muss.

Der deutsche Markt nimmt eine Sonderstellung ein. Deutschland steht ohne Zweifel vor einer ausgesprochen guten Ernte, sodass man sich bereits wieder überlegt, wie man einen Teil des zu erwartenden Weizenüberschusses in die Füttertröge ablenkt. Die Arbeitslosen hungern in Deutschland, aber man zerbricht sich den Kopf, wie man den Weizenreichtum loswerden kann und verfällt auf den Gedanken, ihn an das Vieh zu verfüttern - - - damit man die sinnlos überhöhten Preise halten kann. Der Weizenpreis hat sich in den letzten Wochen wie folgt entwickelt:

Anfang Mai 1932	21. Juni 1932	24. Juni 1932
(Berliner Notierungen in Reichsmark für eine Tonne)		
269 - 271	251 - 253	255 - 257.

Das gute Erntewetter und die gute Ernteaussichten mussten natürlich auf die Weizenpreise drücken, wie das in aller Welt der Fall ist. Die Bewegung ist eben in dem Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft begründet. Der Reichslandbund ist aber anderer Meinung. Er hat das Reichsernährungsministerium solange bombardiert, bis sich der Reichsernährungsminister zu Massnahmen entschloss, um den Weizenpreis in die Höhe zu treiben. Zunächst wird die Weizeneinfuhr nach Deutschland von Ende Juni ab völlig unterbunden, obwohl man darüber streiten kann, inwieweit die sich in Deutschland befindlichen Weizenvorräte ausreichen, um den Bedarf zu decken. Aber bei den Massnahmen der gegenwärtigen Regierung geht man garnicht von solchen Überlegungen aus.

Die Versorgungslage lässt gleichgültig. Dabei handelt es sich ja doch nur um die Konsumenten und Proleten. Hauptsache ist, dass der Weizenpreis getrieben wird. Und das hat man mit dem Einfuhrverbot fürs erste erreicht. Während die Berliner Produktenbörse in den letzten Tagen äusserst schwach lag, zeigte sich ab Mittwoch wieder eine Erhöhung der Weizenpreise. In diesem Zusammenhang muss man darauf hinweisen, dass die Landwirtschaft mit ihrem Angebot, auch mit dem Angebot aus der neuen Ernte, äusserst zurückhält. So vereinigen sich die Massnahmen der amtlichen Getreidepolitik mit privaten spekulativen Erwägungen, um möglichst hohe Weizenpreise zu erreichen.

Interessant ist dabei, dass das Reichsernährungsministerium mit seinen Massnahmen, den Weizenpreis zu treiben, zugunsten einer bedenklichen Getreidespekulation einspringt. Es gab viele Landwirte, die ihren Weizen vor einigen Wochen z.B. Anfang Mai verkauften, weil sie sich sagten, die Preise sind gut. Andere Landwirte haben aber mit ihrem Weizen zurückgehalten. Sie spekulierten darauf, dass sich gegen Ende des Getreidejahres, kurz vor der Ernte, die Preise weiter erhöhen würden. Nicht zuletzt hat man diese Spekulation in Erwartung auf "entsprechende" Massnahmen des Reichsernährungsministeriums aufgebaut. Nun kam aber das gute Erntewetter und drückte auf den Preis. Die Spekulation war also falsch. Es drohten grössere Verluste. Grund genug, um dem Reichsernährungsministerium die Türen einzulaufen, etwas zu tun, um die Preise wieder in die Höhe zu treiben. Der Reichsernährungsminister hat sich dem nicht verschlossen. Man hat in letzter Zeit das Wort vom Agrarbolschewismus geprägt. Wenn die amtliche Getreidepreispolitik kein Agrarbolschewismus ist, dann wissen wir nicht, was man unter Agrarbolschewismus verstehen soll.

Deutschland hat einen Weizenpreis, der fast drei- und viermal so hoch ist als der Preis auf dem Weltmarkt. Sind diese hohen Weizenpreise überhaupt gerechtfertigt? Im Vergleich etwa mit dem vorigen Jahr muss man sich daran erinnern, dass einer der wichtigsten Selbstkostenposten bei den Landwirten, der Zins, runter gedrückt worden ist und dass die Landwirtschaft auch steuerliche Erleichterungen erfahren hat. Ausserdem sind die Löhne ganz erheblich zurückgegangen. Aus alledem ist zu folgern, dass der gegenwärtige Weizenpreis sinnlos überhöht ist, und die Massnahmen des Reichsernährungsministeriums völlig unangebracht sind. Sie verhindern nur, dass der Weizenpreis auch in Deutschland auf einen normalen und erträglichen Stand zurückgeht.

SPD. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat sich mit der Lage in der deutschen Wirtschaft beschäftigt, ohne einen positiven Vorschlag machen zu können, wie man nun zu einer Ankurbelung der Wirtschaft kommt. In dem Communique des Reichsverbandes wird eine weitere Ausgabensenkung bei der öffentlichen Hand und eine Verminderung der Produktionskosten verlangt. Das sind Umschreibungen für eine weitere Drosselung in der Arbeitslosenfürsorge und für einen weiteren Lohnabbau. Wie man aber die Wirtschaft ankurbeln will, indem man die Kaufkraft weiter drosselt, bleibt Geheimnis des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Im übrigen bleibt der Reichsverband dabei: für die Löhne will er jeden Eingriff des Staates beseitigen. Der Lohn soll sich "frei" entwickeln. Aber an den Kartellpreisen soll nicht gerührt werden. Gegen derartige Absichten verwahrt sich der Reichsverband der deutschen Industrie in seiner Verlautbarung aufs neue.

Sehr originell ist die Stellungnahme, die der Reichsverband zu der neuen Subventionswelle einnimmt. Der Adelsregierung wird versichert, dass man ihre Bestrebungen würdige, zwischen sich und dem Staatssozialismus einen Trennungsstrich zu ziehen. Der Reichsverband sei gegen jede Art von Subventionen, gegen jede Massnahme, die auf eine "Sozialisierung der Verluste" hinausläuft. Das sagt der Reichsverband der deutschen Industrie von einer Regierung, die

eben im Begriff ist, Subventionen von Hunderten von Millionen Mark an Industrie und Grosslandwirtschaft zu gewähren. Das sagt eine Industrie, für die das Reich allein in der Zeit vom Oktober 1931 bis April 1932, nach den letzten Veröffentlichungen, neue selbstschuldnerische Bürgschaften in Höhe von 1,7 Milliarden Mark übernommen hat.

Ernste Worte hat der Reichsverband der deutschen Industrie diesmal gegen die Autarkiebestrebungen gefunden. Gegen einen Umbau der deutschen Wirtschaft im Sinne zunehmender und ausgesprochener Autarkietendenzen oder im Sinne der bewussten Freigabe exportwirtschaftlicher Interessen zugunsten einer zu weitgehenden Bevorzugung einzelner Wirtschaftszweige müsse sich die Industrie energisch zur Wehr setzen. Auch müsse die Devisenbewirtschaftung auf unsere handelspolitischen Interessen eingestellt bleiben.

SPD. Die deutsche Delegation in Lausanne hat es als wünschenswert bezeichnet, dass auf der geplanten Weltwirtschaftskonferenz auch die Frage der Abwertung der Auslandsschulden erörtert wird. Der Sinn der über diese Forderung vorliegenden Meldungen ist nicht ganz klar. Es lässt sich nicht erkennen, ob die Frage der Abwertung sämtlicher internationaler Schulden zur Sprache gebracht werden soll oder ob es sich dabei nur um die deutschen Auslandsschulden handelt. Dass das Problem als solches heute wichtig ist, ergibt sich aus zwei Gründen.

Erstens hat der grosse internationale Preissturz den realen Wert aller Schuldverpflichtungen stark erhöht und damit die Belastung für die Schuldner gesteigert und zwar umso mehr, als ihre wirtschaftliche Lage sich in der Regel wesentlich verschlechtert hat. Eine Herabsetzung des Goldwertes der Schulden würde also nur eine Wiederherstellung ihres realen Wertes bedeuten. Zweitens wird nicht nur für Deutschland, sondern auch für die meisten Schuldnerländer das Transferproblem immer schwieriger. Deutschland konnte zwar bisher den Dienst seiner langfristigen Verpflichtungen reibungslos abwickeln, aber das Zusammen schrumpfen des Ausfuhrüberschusses hat schon seit einiger Zeit die Frage auftauchen lassen, wie lange Deutschland zur Transferierung sämtlicher Zinsen und Tilgungsbeträge der Auslandsschulden imstande sein wird?

Andererseits aber erhebt sich die Frage, ob in den Gläubigerländern die Stimmung für die Erörterung des Abwertungsproblems reif ist oder ob nicht deutsche Vorschläge dieser Art als Ankündigung eines teilweisen Bankrotts aufgefasst werden? Dass damit die Verständigung über gemeinsame Aktien zur Ueberwindung der Krise nicht gefördert werden wird, liegt auf der Hand. Auf solche gemeinsamen Aktionen auf währungs-, kredit- und handelspolitischem Gebiet wird aber die kommende Weltwirtschaftskonferenz das Hauptgewicht legen müssen, wenn sie den gequälten Völkern der Erde irgendeinen Nutzen bringen soll; es wird alles vermieden werden müssen, um die Erörterung solcher gemeinsamer Auswege aus der Krise zu erschweren.

Gemüsemarkt.

SPD. (Antliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle am 24. Juni, RM je 50 kg einschl. Fracht, Spesen und Provision). Weisskohl 50 kg 6 - 8, Wirsingkohl Berliner Gärtberware 8 - 10, Blumenkohl 100 Kopf 20-30, Suppen- 5-10, Mohrrüben junge je nach Grösse 50 kg 5 - 8.

Verknappte Märkte.

(Berliner Getreidebörse vom 24. Juni).

SPD. Das Angebot an Brotgetreide an der Berliner Produktenbörse wird zusehends knapper. Offenbar rechnen die Landwirte mit weiter steigenden Preisen, sodass sie sich mit ihren Offerten sehr zurückhalten. Dabei ist die Nachfrage der Mühlen am Markte der Zeitgeschäfte wie auch für prompte Ware keineswegs gross. Trotzdem hält es schwer, den gesamten angemeldeten Bedarf zu decken. Die Preisbewegungen halten sich in gewissen Grenzen. Im Handel mit effektiver Ware wurden die Notierungen für Weizen und Hafer um je eine Mark heraufgesetzt, während Roggen unverändert blieb. Am Markte der Zeitgeschäfte stiegen die Kurse bei der Eröffnung für Weizen um eine Mark, für Roggen um 2 bis 3 Mark jedoch schwächte sich die Stimmung im weiteren Verlaufe der Börse ab, sodass am Schluss lediglich Roggen für Julilieferung noch grössere Gewinne aufwies. Am Mehlmarkt zeigte sich eine gewisse Belebung. Die Nachfrage war stärker. Trotzdem blieb die Umsatztätigkeit klein, weil gewisse Preiserhöhungen der Mühlen die Käufer wieder verscheuchten. Starke Nachfrage herrschte nach der wenig vorhandenen Futtergerste alter Ernte. Die Preise hierfür stiegen, wodurch auch der Hafermarkt beeinflusst wurde. Auch nach Hafer ist die Nachfrage stärker geworden, sodass die Preise anziehen konnten.

	23.6.	24.6.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	254 - 256	255 - 257
Roggen	185 - 187	185 - 187
Futter- und Industrieroggen	162 - 172	162 - 172
Hafer	159 - 163	160½ - 164½
Weizenmehl	30,75 - 34,75	30,75 - 34,75
Roggenmehl	25,10 - 27,10	25,35 - 27,35
Weizenkleie	9,90 - 10,50	9,90 - 10,50
Roggenkleie	10,10 - 10,50	10,10 - 10,50
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen Juli 265 - 264 Brief (264½)		
Sept. 230-229 Brief (229), Okt. 231-230 Brief (230), Dez. 234½-233½ Brief (234), Roggen Juli 190½-189½ (187), Sept. 183½-182 (181½), Okt. 185-183 (182½)		
Dez. 188½-187 (186), Hafer Juli 171½-169½ (168½), Sept. 153-152 Brief (150½)		
Okt. 153½-153 Brief.		

----- Berliner Viehmarkt. -----

SPD. Der Schweinemarkt war gegenüber dem letzten Markt um etwa 2 000 Tiere weniger beschickt, was sich in der Preisentwicklung deutlich ausprägte. Der Preisrückgang auf dem ammelmarkt beruhte vorzugsweise auf zu reichlichem Angebot. Besser gehalten haben sich die Preise auf dem Kälbermarkt. Der Rindermarkt war genügend beschickt.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) - (-), b) (240-300 Pfd.) 40-41, (39-41), c) (200-240 Pfd.) 39-40 (39-40), d) (160-200 Pfd.) 37-39 (36-39), e) 120-160 Pfd. 34-36 (34-35), Sauen 37-38 (37-38). Schafe: a) 33-34 (35-37), b) 30-32 (33-34) c) 26-29 (28-31) d) 16-24 (16-26). Kälber: b) 36-41 (36-43) c) 28-35 (27-35) d) 18-25 (18-25). Kühe: a) 27-29 (25-28), b) 22-26 (22-24), c) 17-21 (16-21), d) 14-16 (13-15).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S + P + D

Berlin, den 24. Juni 1932.

Der Tod.^x

SPD. Heiss flammt die Sommersonne über die Felder. Ein jedes Hälmlein ist in eine schimmernde Lichthülle getaucht. Ueber den gelben Roggenäckern zittert die Luft in heissen Wellen. Die Erde brennt, der Himmel glüht. In ehernem, leuchtendem Glanze strahlt der blaue Himmel. Müde und still liegen die Felder. Kein Gräslein mag sich rühren. Schlaff und matt neigen sie sich der ausgedörrten Erde zu. Nur der rote Mohn und der stolze Rittersporn schauen unbeirrt in die Helle, heisse Lohe.

Ueber den schmalen Ackerrain schreitet lässig ein Wanderer. Hohl scheint sein Auge aus dem knochigen Gesichte. Tief in die Stirn hinein hat er den Schlapput gezogen. Schlaff und faltig hängt der Mantel um die dürre Gestalt. Wo er schreitet, da verdorren Gras und Blumen. Wo seine harte Hand die Halme streift, sinken sie sterbensmatt zu Boden. Nun bleibt der Fremde stehen. Sein dunkles Auge sieht über die Äcker und Felder hinweg nach den nicht gar fernen Sandkuhlen. Dahin lenkt er seine Schritte, langsam und geruhig; er hat Zeit; er kommt inner noch zu früh. An den Rand der Gruben setzt er sich, in die glühende Sonne. Hoch und weit schaut er in die blauen Feuer des Himmels. Ueber ihn hin weht der heisse Mittag. Lodernd umbrandet ihn die flammende Helle. Missmutig wirft er sich auf die Seite und blinzelt mit halbgeschlossenen Augen auf den schmalen Sandweg, der nach der Grube führt. Schläfrig liegt er, träumend und wartend.

Da springt der Schläfer auf. - Ein alter Mann humpelt langsam der Sandgrube zu. An jeder Hand hängt ihm ein Henkelkorb. Nur schwer kommt er in dem Sande und der drückenden Schwüle voran. Vom Kirchthum jenseits der Felder schlägt es Mittag. Silbern fallen zwölf Tropfen in die tiefe Stille.... Der Alte schrickt auf; eilend wird sein Schritt. Müde und matt kommt er in der Sandkuhle an. Der Knöchelchen oben wirft sich auf den Bauch. Weit streckt er den Kopf über den Rand und sieht in die Sandgrube hinunter.

Der Alte hat seinen Korb hingestellt. Vier Arbeiter, hemdärmelig und braungebrannt, treten zu ihm. Sie nehmen ihren Esstopf aus dem Korbe und hocken sich an die fast senkrechte, sandige Wand, die ihnen einen schmalen, dürftigen Schatten gewährt. Schweigend essen sie, bedächtig und genügsam. Hungrig sind sie, und die Kehle ist ausgedörrt; da schwätze, wer mag. Der Alte steht einige Schritte vor ihnen und schaut auf sie. Er ist nicht hungrig, nur müde und lebenssatt. Er hat genug der Sommer und Winter gesehen. Die Welt und er haben sich nichts mehr zu sagen. Nun wartet er

Die Arbeiter haben ihren ersten Hunger gestillt.

"Heiss ist es zum Ersticken!" murrte der eine.

"Oho," meint der andere, "besser als kalt, und sterben mag ich noch lange nicht." Er schüttelt seinen blonden Kopf.

"Sterben!" lacht der dritte und steht auf und reckt seine nervigen Arme.

"Ich sterbe in hundert Jahren noch nicht!"

Ueber ihm lacht es leise und höhnisch, und zwei kalte Augen schauen spöttisch herab. Aber die vier sehen und hören den da oben nicht.

"Hundert Jahr'," nimmt der vierte das Gespräch wieder auf, "das ist man was viel!" Er zündet sich seine Pfeife an und bläst nachdenklich eine dicke Rauchwolke vor sich hin - "und 's Tagewerk ist auch noch nicht geschafft,

heut' nicht und für mein Leben noch nicht; da ist noch viel Arbeit, die auf mich wartet!" schliesst er seine Gedankenreihe, die er während des Rauchens stumm aufgestellt.

"Ja, und ich wollt' auch meine Kathrin erst freien!" wünscht der Blonde, "und...." Er stockt und schweigt wie beschämt. "Und...Und...." lacht der Ältere mit der Pfeife und lächelt halb wissend.

"Und, na ja...und auch noch ein paar kräftige Jungs haben; das ist doch nicht zuviel!"

"Ich wüsst' mir was Besseres" sagt der erste nachdenklich, wie in sich hinein.

"Da bin ich doch neugierig," ermuntert's ihn.

"Ich möcht' wohl mal einen ganzen Sommer durch die Welt reisen, durch all ihre Pracht und Helle, ihre Wunder und Heimlichkeiten. Ganz sorglos Himmel und Erde mit all ihren Gütern und Schönheiten geniessen. Wer das könnt'; ich glaub', der müsst' gut werden!"

"Nicht übel!" antwortet einer, "faulenzen tät' ich auch schon!"

"'s wär kein Faulenzen!"

"Lässt's gut sein," entscheidet der Ältere mit der Pfeife. "Jeder richtet sich sein Leben nach seinem Gusto ein," und er wendet sich dann dem Alten zu, der da abseits und schweigend vor ihnen steht: "Und wie ist's mit dir, Krischan, magst du auch nicht sterben?"

"Lieber heute denn morgen!" antwortet der Alte ehrlich.

"Da, komm her, setz dich ein wenig zu uns; da sterben wir halt alle miteinander!"

Langsam macht der Alte einen Schritt.....

Aber damit ist der Knöcherne nicht zufrieden. Mit einem Ruck richtet er sich auf, stemmt seine Hände mit hartem Druck gegen die sandige, trockene Wand, drückt und schiebt....

Ein feiner Sand rinnt und rieselt auf die vier. Aber ehe sie noch verwundert und erschreckt aufschauen und aufspringen können, fällt mit hartem, dumpfem Schlage die Wand über sie, wirft sie schwer und hart hin und legt sie breit, noch und massig auf sie, auf all ihr wildes Begehren, ihr sonniges, glückhaftes Träumen und ihre lebendige Kraft. Auch der Alte steht bis an die Knie im Sande. Kaum mag er seine alten Füße lösen. Traurig sinkt er über das Grab, über das hoch und schwer der Sand sich wölbt. Verschont, wieder verschont und dem Tode entgangen! Seine müden alten Beine! - Warum hatten sie ihn nicht schneller die paar Schritte vorangetragen! Da würde er nun ausruhen von seiner Last. - Langsam wendet er sich und trägt die Trauerkunde ins Dorf.

Hoch oben aber steht der Knöcherne und schaut auf den Totenhügel mit kaltem, hartherzigem Auge, das keine Lust und keine Not kennt, dessen Herz unberührt bleibt von aller menschlichen Sehnsucht und allem heiligen Wollen.

Er geht den Weg zurück, den er gekommen, zwischen Mohn und Roggenäcker hindurch. Leise rauschen die Halme ein uraltes Lied von Not und Brot, von Saat und Ernte, von einem Leben, das auf alle Grabeshügel seine wehenden Banner pflanzt, das unsterblich ist, das aus allen Ackerfurchen und allen Gräbern aufersteht, dass es das ganze Weltall fülle....

Das Lied hört der Einsame und muss ihm lauschen. Zögernd und schwer wird sein Gang; sein Blick gleitet am Boden entlang.

Und um ihn und Grab und Roggenfeld schlägt der Sommertag seinen blauen Mantel.

Wilhelm Lennemann.

SPD. Die Suppe der Not soll man Löffel bei Löffel aussessen.

Englisches Sprichwort.

Der Hummeltrompeter.^x

SPD. Was eine Biene ist, das weiss jeder; und was eine Hummel ist, ebenfalls. Beide rufen ganz unwillkürlich militärische Vergleiche hervor: die Biene ist ein schlanker, schneller, wendiger und unangenehm bewaffneter Jagdflieger, die Hummel als Gegenstück ein schweres Bombentier, nicht so beweglich dafür aber umso drohender, - wenn es auch in Wirklichkeit garnicht so schlimm ist. Sonst weiss jeder noch von beiden Tieren, dass sie in Staaten leben, die zwar kleiner, aber weitaus sozialistischer sind als die menschlichen. So weit geht der Sozialismus in diesen Staaten, dass die Individualität vollkommen ausgeschaltet ist. Alles ist auf Massenbetrieb und Massenbedürfnisse zugeschnitten. An und für sich ist es ja ein grosser Irrtum, einen Bienenstock etwa mit einem Menschenstaate vergleichen zu wollen. Der Vergleich trifft viel genauer und viel tiefer, wenn man dem Bienenstock einen einzelnen Menschen gleichsetzt. Denn der ganze "Bienenstaat", wie man in manchen norddeutschen Gegenden sehr treffend sagt, ist nur eine Art Ueberorganismus, ein einzelner Körper, dessen einzelne "Zellen" (was man so fälschlich als Einzeltiere bezeichnet) eine für einen Körper aussergewöhnlich grosse Bewegungsfreiheit haben.

Trotzdem scheint es manchmal, als wenn es wenigstens bei den viel kleineren Hummelstaaten noch so etwas wie Einzelaufgaben gebe. Da gibt es bei der gewöhnlichen Erdhummel - die Hummeln haben ihre Stöcke in die Erde gebaut - eine Erscheinung, die nicht einmal jedem Naturfreunde bekannt ist, weil man fast gewöhnlich nicht früh genug auf den Beinen ist, um sie zu beobachten. Zur frühesten Morgenstunde, wenn alles Insektenvolk von rechts wegen noch in tauklamem Schlafe liegt, krabbelt aus den Stöcken der Erdhummeln ein einzelnes Tier hervor. Es ist stets ein ausgesucht dickes Exemplar, ein wahres Prachtstück einer Hummel. Dieses Prachtstück setzt sich gravitatisch und schwerfällig vor die Türe und beginnt, mit den Flügeln Skandal zu machen. Es summt und brummt und schnurrt und treibt das nicht, wie ein militärischer Wecktrompeter, einige Minuten, sondern mindestens eine halbe, meist aber eine ganze Stunde lang. Im Laufe dieser Stunde wird es lebendig im Stocke; kein Mensch und keine Hummel kann lange ruhig schlafen, wenn man vor der Haustür ein Blechkonzert über eine volle Stunde ausdehnt. Jedenfalls, wenn der "Hummeltrompeter", wie man ihn nennt, nach vollbrachter Stundenarbeit erschöpft das Feld räumt, dann ist die Sonne am Horizont hoch geklettert und alles im Stock erwacht und in vollem Betriebe,

An und für sich wäre das interessant genug, dass es in diesem Körperstaatenverbände der Hummel - wenn er auch nicht ganz so eng wie der der Biene gefügt ist - eine regelrechte Weckuhr gibt, die aus einem wohl alteingewurzelten Instinkt als erstes Tier munter wird und die andern nicht ruhig schlafen sehen kann. Das wäre sogar ein Triumph über den Bienenstaat hinaus, denn einer "Bientrompeter" hat noch kein Insektenkundiger gesehen. Gerade die Insektenkundigen sind aber mit dieser Erklärung nicht ganz einverstanden gewesen und haben nach mancherlei Mühen herausgefunden, dass die Dinge wirklich anders, wenn auch nicht wesentlich komplizierter liegen. Zunächst einmal fiel auf, dass es keinen Bientrompeter gibt. Ausserdem - und das war schwerwiegender - waren ausgerechnet die Erdhummeln die einzigen, die so etwas für sich und unter sich gezüchtet hatten. Andre Hummelarten, deren Nester frei in der Luft in Bäumen und Blattwerk hängen, kennen die Einrichtung nicht. Man stand also hier entweder tatsächlich vor einem Einzelfall, oder man hatte sich bezüglich der Deutung der an sich feststehenden Tatsache geirrt.

Die Bienen führten nun auf die Spur, wie man sich geirrt hatte. In so einem Bienenstocke geht es so reinlich zu wie nirgends sonst. Nicht nur, dass die Bienen selbst ihre körperlichen Bedürfnisse hübsch ausserhalb erledigen, wenn eine auf dem Flecke ihrer Arbeit gestorben ist, dann wird sie hinaustransportiert. Etwaige Eindringlinge kommen auch nur dazu, im Stock unter den Gift-

stacheln der Besitzer zu sterben, nicht aber, dort auch ihre Ruhe zu finden. Sie werden hinausgeschleift, und nur in ganz verzweifelten Fällen, wenn das Gewicht eines solchen abgemurksten Honigräubers erheblich auch über vervielfachte Bienenkräfte hinausgeht, wird er hygienisch im Stocke begraben, unter einer luftdicht abschliessenden Wachsdecke. Was die Bienen aber nicht verhindern können, das ist, dass die Luft nicht ganz rein bleibt. Feucht wird sie vor allem, vom verdunstenden Honigsafte, der sich zu Honig eindickt. Gegen Feuchtigkeit in der Luft hilft Ventilation. Das haben auch die Bienen herausgefunden, und da sie Flügel am Leibe tragen, brauchten sie keinen Ventilator zu erfinden: in langen Ketten stehen sie hintereinander und reinigen flügelwedelnd die Atmosphäre.

Im Hummelstock ist es nicht ganz so reinlich, denn so sehr pflegen die Hummeln auf die Notdurft ihres kugelrunden Körpers nicht zu achten. Viel feuchter ist es dort ausserdem, denn das Nest liegt ja in der feuchten Erde. Erste Tätigkeit eines Menschen in einem solchen Falle wäre, am frühen Morgen erst einmal sämtliche Fenster aufzureissen. Und gerade das ist die geheimnisvolle Funktion des Hummeltrompeters. Deshalb summt und brummt er auch noch weiter, wenn schon alles lebendig ist, und deshalb lärmt er auch seine Stunde ab, wenn er einmal zufällig die Zeit verschlafen hat. Dass er dabei Lärm macht, ist nur Nebensache und technische Notwendigkeit. - als Weckruf empfinden die Hummeln sein Blaskonzert so wenig, wie wir das Singen eines Ventilators für Musik halten. Es leuchtet demnach ein, weshalb die Baumhummeln ohne Trompeter erwachen. In ihrer luftigen Höhe werden sie genügend vom Winde ventiliert, und sauberer ist ihr Bau an und für sich schon, denn so manches, was bei den andern ungehörigerweise in den Stock fällt, purzelt bei ihnen in die freie Natur, die schon damit fertig wird....

Willy Ley.

Afrika bei Berlin.^x

SPD. Am Rande der Schorfheide, kaum 90 km von Berlin entfernt, ist inmitten der uckermärkischen Sandwüste, von Nadel- und Mischwald umgeben, unbemerkt eine kleine afrikanische Niederlassung, die ihresgleichen in Europa sucht, entstanden. Kein richtige mit Kannibalen, Buschmännern und Lippennegern, nur eine Potemkinsche, die aber manchmal, zumal wenn unsre unzuverlässige, launenhafte, nicht sehr standhafte märkische Sonne sich zum Strahlen aufschwingt, eine fast glaubwürdige afrikanische Atmosphäre zu vermitteln vermag. Und das ist auch das einzige, was der Schöpfer von "Neu-Afrika" - so nennt sich die kleine Siedlung - beabsichtigt hat, denn dieses afrikanische Dorf mit seinen Pfahlbauten, Rohrütten und künstlichen Palmen ist halb aus Spass, halb aus der Sehnsucht eines einstmaligen Deutsch-Afrikaners nach dem Exotischen entstanden, die nunmal aus den Träumen keines Kolonialdeutschen auszulöschen ist.

Vor acht Jahren kam der ehemalige Deutschafrikaner Robert Preussner, nachdem er, von Abenteuerlust getrieben, die halbe Welt durchstreift hatte, nach der Heimat zurück, um ein ruhigeres Leben zu führen. Klima, Vegetation, Sitten, Zivilisation sagten ihm eigentlich nicht recht zu, und auch in wirtschaftlicher Hinsicht war er an leichtere Lebensbedingungen und die üppigeren Gaben des tropischen Lebens gewöhnt. Da aber hiess es: Nicht auf Tiger jagen, sondern nach Existenzmöglichkeiten, nicht mit Buschmännern kämpfen, sondern mit dem Geiz des Sandbodens, mit den tausend Tücken des europäischen Nachkriegs-Kultur- und Wirtschaftslebens. Der Erinnerung an tropische Sonne und afrikanische Dschungel ist dann die Idee entsprungen, mitten in der erbarmungslosen Härte der Wirklichkeit eine Oase anzulegen, die die Träume glücklicherer Zeiten widerspiegelt. So schuf Preussner ohne jegliche fremde Hilfe in siebenjähriger mühsamer Arbeit auf seinem allmählich erworbenen 130 Morgen grossen märkischen

Grundstück sein "Neu-Afrika", eine exotische Anlage mit "Urwäldern", Palmen, Negerhütten und Paradiesbad. - Da kann man beobachten, wie aus dem sumpfigen Dickicht eben ein wilder Riesenelefant tritt und vor dem ungewohnten Anblick der nüchtern-unromantischen Gegend erstarrt stehenbleibt. - Allerdings - auch er selbst ist eine eigenartige Kreatur Gottes: gleich den Hütten aus Zuckerrohr erbaut, aussen mit einem grauen Segeltuch bezogen und innen hohl, um den etwa vom Gewitter Ueberraschten Schutz zu bieten.

In dem menschenleeren "Owamba-Dorf" hält man neugierig Umschau nach den wilden Eingeborenen, die wohl auf die Jagd oder gegen den feindlichen Nachbarstamm ausgezogen sind und bald unter fürchterlichem Kriegsgeheul mit reicher Beute zurückkehren mögen. - Ein kleiner Tiergarten beherbergt exotisches Ge- tier: Paradiesvögel, afrikanische Schweine, Antilopen u.a.m., wogegen das kleine "Afrika-Museum" einen Teil der reichen Jagdbeute und Kriegstrophäen des Deutschafrikaners Preussner aufbewahrt.

All das allein zu seinem eigenen Spass zu errichten, wäre etwas zu viel des Guten. Aber "Neu-Afrika" soll zu einem Erholungs- und Ausflugsort werden für diejenigen, die die 90 km Entfernung von Berlin nicht scheuen, um eine wirkliche Kuriosität (D.R.G.M. - - vor Nachahmung wird gewarnt!) anzuschauen und einen stillen, etwas menschen-scheuen, in den Schikanen unsrer europäischen Gesellschaftskultur ungewandten, doch phantasie-reichen Sonderling zu treffen, der es fertiggebracht hat, auf dem märkischen Sande mit eigener Hände Arbeit eine afrikanische - wenn auch nicht immer ganz stilechte - Siedlung hervorzuzaubern, mit afrikanischen Sitten und Selbstbedienung, die eine kleine Ab- wechslung, ein Trugbild für unsre müden europäischen Augen zu bringen vermag.

-osi.

Amerika und Europa.^x

SPD. Der abenteuerlustige Reporter A.E. Johann, der vor Jahren "Mit 20 Dollar in den wilden Westen" fuhr, war jetzt wieder "drüben". Das aufschlussreiche Erlebnis dieser Reise bringt ein Ende dieses Monats im Verlag Ullstein erscheinendes Buch "Amerika, Untergang am Ueberfluss". Aus dem hochaktuellen Werk ver- öffentlichen wir heute bereits den nach- folgenden Abschnitt, der dem Kapitel "Schulden und Abrüstung" entnommen ist.

Das eigentliche hundertprozentige Amerika erstreckt sich vom Appalachen- gebirge im Osten bis zum Pazifischen Ozean im Westen.

Die Verbrecher jenseits der Appalachen an der atlantischen Küste, in New York, in der Wallstreet, in Boston, die all das schöne amerikanische Geld nach Europa verließen, die den braven Bürgern in Kentucky und in Idaho, in Oregon und in Kansas europäische Anleihen aufschwatzten, seien allesamt keine richtigen Amerikaner; die im Osten wüssten viel zuviel von Europa, schätzten es viel zu hoch, wären mit einem Wort halbe Europäer, die Amerika verrieten: das haben sie mir hundertmal erklärt, die Spiessbürger in Arizona und Alabama, Indiana und Michigan, die ehrenwerten Hundertprozentler, die den Senator Borah wählten, der aus Idaho stammt, und den Senator Johnson, den ärgsten Gegner des Hoover-Moratoriums, der aus Kalifornien kommt.

Zuweilen, wenn man das Glück hat, irgendwo im dunkelsten Inneramerika eine deutsche Zeitung aufzutreiben, stellt man stets von neuem mit schmerzlicher Bewunderung fest, wie sorgfältig und unterrichtet unsere Blätter amerikanische

innen- und aussenpolitische Ereignisse kommentieren, während die amerikanischen Provinzzeitungen mit einer geradezu entwaffnenden Ahnungslosigkeit alle europäischen, insbesondere deutschen Ereignisse in kurzen, halbrichtigen Notizen auf der sechzehnten Seite abtun.

Gewiss, in New-York und in einigen anderen Grosstädten gibt es ein paar Zeitungen, die Bescheid wissen; aber was will das angesichts dieses ungeheuren Landes, das fast einen ganzen Kontinent für sich in Anspruch nimmt, schon heissen. (Denn auch die Grosstadtzeitungen werden ausserhalb ihres Bezirks nur wenig gelesen; auch sie sind nur "Lokalblätter", wenn auch das "Lokal" sehr gross ist.)

New-York ist nicht Amerika, der ganze Osten nicht; das politische Gesicht dieses Landes wird von den Millionen namenloser Bürger des Südens, des Mittelwestens und fernen Westens bestimmt, von denen wir nur wenig mehr wissen als sie von uns. Nach der Stimmung dieser grauen Wählermassen richtet sich letzte Endes die amerikanische Politik; wer sich ihr entgegenstellt, leidet früher oder später Schiffbruch; so scheiterte Wilson; Coolidge machte schlechte Erfahrungen, und Hoovers Schifflein wird an diesen Klippen wohl auch zerschellen.

Ueber das offizielle Amerika, über Wallstreet, über New-York, erfahren wir mehr als genug.

Was aber spricht man im Innern dieses Riesenlandes, an den Eckender vielen tausend Mainstreets, was druckt man in den zahllosen Morgen- und Abendposten von Mobile, Florida, oder Garden City, Kansas, oder Flagstaff, Arizona über Deutschland, über Europa?

Die Frage lässt sich in zwei Worten beantworten: ungeheuer wenig! Noch immer weiss der Durchschnittsamerikaner im Innern nicht mehr von Deutschland als wir etwa von Persien oder Beludschistan, und hat auch gar kein Verlangen danach, mehr zu erfahren. Zudem geht gerade in diesen schlechten Zeiten eine Propagandawelle nach der anderen über das Land, die dem wenig urteilsfähigen und unkritischen Durchschnittsbürger einhämmert, alles Elend im Lande der auf immer hingeschwundenen Prosperity sei davon gekommen, dass man sich allzusehr mit dem alten, verrückten, kranken Europa eingelassen habe. In jeder Wochenschau im Kino, mag man nun 10 cents oder 1 Dollar Eintritt bezahlt haben, erscheint zwischen den Fussballspielen, Flottenmanövern und Schönheitskonkurrenzen ein bald trockener, bald wohlbeleibter Senator, Gouverneur oder Professor auf der sprechenden Leinwand, der zumeist sehr aufgeregt den Leuten auseinandersetzt, dass natürlich nicht Amerika, sondern Europa an der Depression schuld wäre; dass natürlich alle Kriegsschulden bezahlt werden müssten; und dass der Präsident nichts Besseres tun könnte, als so schnell wie möglich alle Beziehungen zum giftigen Europa abzubrechen. Grosse amerikanische Magazine mit Millionenauflagen machen sehr geschickt Stimmung gegen Deutschland, dem sie vorwerfen, dass es die geliehenen amerikanischen Gelder in kostspielige Bauten verpulvert, dass es die amerikanischen Geldgeber geneppt und übers Ohr gehauen hätte. Die Wirkung eines einzigen solchen Artikels, z.B. in der "Saturday Evening Post", ist phantastisch. Deutsche Journalisten kann der blasse Neid packen, wenn sie erleben müssen, dass allen Versuchen, die Lage Deutschlands zu erklären, dieser eine Artikel ebenso an der pazifischen Küste wie am Golf von Mexiko, im Felsengebirge wie in den Ebenen Indianas vorwurfsvoll entgegengehalten wird.

Die Zeitungen verbreiten mit Begeisterung Aufstellungen dunkler Statistiker, die berechnet haben wollen, dass alle Kriegsschulden der Alliierten an Amerika bezahlt werden könnten, wenn nur jeder Engländer einmal im Monat weniger ins Kino ginge, jeder Franzose eine Flasche Wein weniger tränke, jeder Italiener etwas weniger Kaffee schlürfte. Kindliche Berechnungen wie diese lassen sich so leicht kolportieren, gehen glatt ein und hinterlassen bei jedem Leser den Eindruck, die ganze Schuldenfrage wäre eine höchst simpel zu regelnde Angelegenheit.

Es ist kein Zweifel darüber möglich, dass die breite, graue Masse des am

rikanischen Volkes, soweit es nicht auf dem Umweg über Wallstreet geschäftlich an Europa interessiert ist, die Einmischung Amerikas in europäische Angelegenheiten in schnell wachsender Erbitterung ablehnt, die Geschäfte der Bankiers des Ostens für halben Staatsverrat ansieht, und so ausschliesslich wie möglich die gesamte wirtschaftliche Kraft Amerikas in Amerika verwendet wissen will. Immer wieder hört man die Phrasen: je schneller wir uns von Europa lösen, selbst wenn es uns noch einmal Geld kostet, um so besser für uns. Wenn ihr da drüben im verrückten Europa eure Schulden nicht bezahlen könnt, so ist deswegen noch kein Grund vorhanden, dass wir sie euch erlassen. - Mit diesen zwei Sätzen scheint mir die Stimmung der amerikanischen Wählermassen, abgesehen vielleicht nur von denen des Europa zugewandten Ostens der USA am besten und treffendsten umschrieben zu sein. Die unzähligen Zeitungen des Hearst-Konzerns bearbeiten ihr Publikum energisch in diesem Sinne. Mr. Hearst selbst stellt sich in Artikeln und Radioreden in den Dienst der guten hundertprozentigen amerikanischen Sache, und Hoover muss es sich gefallen lassen, dass man ihn höhnisch einen "Wilsoniten" nennt.

Als der besonders gut informierte Senator Glass Mitte April 1932 erklärt dass es unter den gegebenen Umständen durchaus im Interesse der USA liegen könnte, mit Europa eine Neuregelung der Schuldenfrage anzubahnen, rief er im Senat allgemeinen und sehr entrüsteten Widerspruch hervor. Kein Mitglied der Regierung darf es wagen, die eventuellen Vorteile einer Bereinigung der Schulverhältnisse auch nur zu diskutieren, ohne dass ihm vorgeworfen wird, es bedäufte die Not Europas mehr als die Amerikas.

Gegen die Reaktion!^x

Deutsches Volk! Besinne Dich!
Schon hob Dein Dämon zum Streich die verhasste Tatze -
schon bläht sich zum Moloch die militaristische Fratze:
Deutsches Volk! Setz Dich zur Wehr!

Deutschland! Ermanne Dich!
Nieder die Bestie! Aufflamme, neu-deutscher Geist!
Nutz' Deinen Arm, eh' ihm neue Ketten geschweisst!
Deutschland! noch ist Zeit!

Karl Schneider-de Witt.

SPD. Dauerflug einer Stubenfliege.^x Nach Mitteilung einer amerikanischen Zeitung hat kürzlich ein Schüler einer amerikanischen Pilotenschule festzustellen versucht, wie lange eine Fliege ununterbrochen fliegen kann. In einem kleineren Glasbehälter hatte er das Tier eingesperrt und immer wieder aufgeschreckt, sobald es sich zum Ausruhen niederlassen wollte. Die ersten fünf Minuten flog die Fliege ununterbrochen munter umher. Dann versuchte sie alle zwei bis drei Minuten, sich niederzusetzen, und bald danach schon alle paar Sekunden. Zuletzt war sie so erschöpft, dass sie sich nicht mehr aufjagen und ruhig in die Hand nehmen liess. Die ununterbrochene Flugdauer der Fliege betrug 18 1/4 Minuten. Ob solche Tierquälerei irgendeine praktische wissenschaftliche Bedeutung hat, dürfte doch wohl sehr zweifelhaft sein.
